

GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS



Nummer 71
Juli 1996



Inhalt

Berichte

Die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora - Eine Zwischenbilanz
von *Olaf Mußmann*

„Die Gestapo im regionalen Vergleich“ - Tagungsbericht
von *Frank Dingel*

Quellengetreue Aufnahme, Verifikationsprobleme und Interpretationsbedarf - Eine erste Bilanz des Datenerfassungsprojektes der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
von *Detlef Garbe*

Immer wieder Steglitz - und die Erinnerung
von *Christiane Hoss*

Ein kleiner Anfang ist gemacht: Gedenkstättenförderung im Land Baden-Württemberg nun amtlich
von *Silvester Lechner*

Forschungsvorhaben

Literaturhinweise

Fragebogen

Veranstaltungshinweise

Titelfoto

Fundamentreste der ehemaligen Wäscherei des KZ Mittelbau-Dora.

Siehe hierzu auch den Artikel von Olaf Mußmann in diesem Heft.

Foto: Archiv KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Stiftung Topographie des Terrors
Budapester Str. 40
D - 10787 Berlin
Tel.: 030 - 254509-15
Fax: 030 - 2613002

Redaktion: Thomas Lutz

Layout und Satz: Peter Nowick

Gesamtherstellung:

GWP-Druck
38154 Königslutter-Beienrode

Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Berlin



Die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

- Eine Zwischenbilanz -

von Olaf Mußmann

Nachdem die Gedenktage zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und zur Befreiung der Konzentrationslager vorüber sind, ist es Zeit, Bilanz zu ziehen: Der erfreulichste Punkt für die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora: Es gibt die Gedenkstätte noch - und dies recht erfolgreich: Nachdem bis Ende 1994 früher unbeachtet gebliebene Teile des ehemaligen KZ-Geländes zugänglich gemacht und für den Besucher-verkehr erschlossen wurden, konnten am 11. April 1995, dem 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Mittelbau-Dora, auch verschiedene neue museale Einrichtungen in Anwesenheit von ehemaligen Häftlingen und Gästen eröffnet werden. Dieses Ereignis löste einen Andrang aus, der die Besucherzahl für das Jahr 1995 auf über 100.000 ansteigen ließ. Eine solche Entwicklung schien kurz nach der „Wende“ 1989 noch unmöglich, und es bedurfte in der Tat großer Anstrengungen, die Existenz der Einrichtung dauerhaft zu sichern. Seit 1994 ist sie selbständiger Teil der Stiftung der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Bedrohter noch als die Gedenkstätte selbst waren bis vor kurzem die zugehörigen unterirdischen Fabrikanlagen der Mittelwerk GmbH. In ihnen hatten KZ-Häftlinge von 1943 bis 1945 sogenannte Vergeltungswaffen, die Flügelbombe „V1“ und die Fernrakete „V2“, sowie die Flugzeugabwehrrakete „Taifun“ und verschiedene Strahltriebwerkstypen für Düsenjäger zu bauen. Die Tunnel nahmen eine Gesamtlänge von 20 Kilometern und eine Höhe von bis zu 30 Metern ein. Zeitweilig waren die Häftlinge in diesen Katakomben sogar untergebracht. Im Rüstungs- und KZ-Komplex Mittelbau-Dora verloren ca. 20.000 Menschen - ein Drittel der hier Inhaftierten - ihr Leben.



Blick in einen ehemaligen Schlafstollen und späteren Produktionsbereich der „V1“.

Die 1948 zugesprengte, im wesentlichen aber noch vorhandene unterirdische Fabrik drohte dem fortschreitenden Abbau eines benachbarten Tagebauunternehmens zum Opfer zu fallen. Auch dies konnte im wesentlichen verhindert werden, allerdings nicht mehr ganz ohne Schaden für das Tunnelsystem: Teile davon gingen 1990 unwiederbringlich verloren. Inzwischen steht die historische Anlage unter Denkmalschutz und ist Besuchern der Gedenkstätte teilweise zugänglich. Möglich ist dies allerdings ausschließlich innerhalb von Führungen, die auch das KZ-Gelände einschließen. Die große Nachfrage danach hat zur Folge, daß weit mehr als ein Drittel aller Besucherinnen und Besucher die Gedenkstätte in geführten Gruppen besuchen.

Der Zutritt zu den historischen Stollen erfolgt über einen ca. 180 Meter langen, neu aufgefahreinen Zugangstunnel. Unter Tage erschließt ein Besuchersteg einen der beiden Hauptfahrstollen auf einer Länge

von etwa 100 Metern und erlaubt einen Blick in eine der unterirdischen Kammern, in denen 1943/44 Häftlinge übernachten mußten und später, die „V1“-Produktion stattfand. Die Tunnel sind in ihrem Zustand völliger Zerstörung - aufgrund von Demontage, Sprengungen, auch im Zusammenhang mit dem Tagebau, von Erosion sowie von eingedrungenem Grundwasser - belastet. Besuchern erschließt sich so ein Bild, das die Produktions- und Waffentechnik in einen klaren Bezug zum Leben der KZ-Häftlinge setzt und stets parteilich bleibt: Durch das Erlebnis der feuchtkalten und bedrückenden Atmosphäre in den unterirdischen Gängen läßt sich eine Vorstellung der damaligen Lebens- und Arbeitsbedingungen entwickeln. Das mitgebrachte oder kurz zuvor - im Museum, im Krematorium, durch die Gruppenführungen - gewonnene Wissen um die Geschichte des KZ verbindet sich mit dem überall vorherrschenden Eindruck einstiger industrieller Produktivität und heute sichtbarer Zerstörung. Einer



Heroisierung nationalsozialistischer Waffentechnik und Ingenieursleistung wird so wirksam vorgebaut und entsprechende Bilder nachhaltig mit denen von KZ-Häftlingen verbunden.

Nach Vollendung des zweiten und letzten Bauabschnittes wird der Besuchersteg durch eine weitere Kammer hindurch bis zu einer dritten führen. Gäste sollen so einen komplexen Eindruck der Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge in der unterirdischen Rüstungsfabrik erhalten. Geplant ist, den Ausbau Mitte des Jahres 1996 abzuschließen.

Auch die museale Präsentation konnte 1995 entscheidend verbessert werden. Das Krematorium, das einzige auf dem Lagergelände aus der NS-Zeit stammende und erhalten gebliebene Gebäude, diente bis 1992 als Museum. Die damalige, noch aus der Mitte der siebziger Jahre stammende Ausstellung war von Stellwänden und anderen Innenausbauten dominiert und verhinderte so eine Wahrnehmung des Gebäudes als authentischer Ort des NS-Verbrechens. Aus diesem Grund und wegen der ideologischen Einseitigkeit der Ausstellungsinhalte wurden die Tafeln abgebaut und archiviert. Das Krematorium mit seinen nun deutlich sichtbaren Verbrennungsöfen dient inzwischen ausschließlich dem Gedenken.

In einer ehemaligen Baracke des KZ, welche durch die Gedenkstättenleitung wiederbeschafft werden konnte, entstand ein neues Museum, das zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers eröffnet wurde. Der mit ca. 280 qm eher bescheidene Bau steht auf der Standfläche einer Wohnbaracke des ehemaligen Häftlingslagers. Leitgedanke der Ausstellung ist, die Geschichte des KZ Mittelbau-Dora aus der Sicht der Häftlinge darzustellen, ohne Informationen über die Täter, die allgemeingeschichtliche Einordnung und die rüstungstechnischen Zusammenhänge zu vernachlässigen. Die Aussagen transportieren in erster Linie dokumentarisches Fotomaterial und Originalexponate aus der unterirdischen Fabrik und vom Gelände des

Häftlingslagers. Die begleitenden Texte sind knapp gehalten und setzen in erster Linie auf das Zeugnis ehemaliger Häftlinge, die immer wieder mit Erinnerungszitaten zu Wort kommen. Präsentiert werden Exponate in insgesamt fünf Ausstellungsbereichen, deren Gestaltung auf dem Gedanken basiert, mit Materialien zu arbeiten, die eng mit den darzustellenden Themen verbunden sind: Metall und Gestein, Holz und Schotter unterstreichen mit ihrem Materialcharakter die inhaltlichen Aussagen. Metall durchzieht stellvertretend für die Waffenproduktion die gesamte Ausstellung; Gestein verweist auf den Ausbau der Stollenanlagen, Schotter auf den Straßen- und Bahnbau, Holz auf verschiedene Formen der Arbeit und auf die Holzbaracken, in denen die Häftlinge wohnen mußten. Mehrsprachigkeit besteht leider nur im Eingangsbereich; das begrenzte Raumangebot erzwang eine Lösung dieses Problems durch Handmappen.

Gegliedert ist die Ausstellung folgendermaßen:

In einem Einführungsbereich, der Gruppen auch als Versammlungsort dient, werden Informationen zur allgemeinen Einordnung der Lagergeschichte und des KZ-Systems gegeben.

Im zweiten, der Bauphase von KZ und Rüstungsbetrieb gewidmeten Bereich wird die gemeinsame technokratische Planung von Militär und Ingenieuren anhand von Exponaten, eines historischen Reißbretts und Planungsunterlagen, verdeutlicht. Veranschaulicht wird ebenfalls die Normalität, mit der die Planer das Objekt ihrer Tätigkeit behandelten, aber auch die Einbindung des Rüstungsbetriebes in die hochfliegenden, aber nicht mehr realisierten Aufrüstungsplanungen für die gesamte Südharz-Region. Dieser Bereich endet mit dem Verweis auf die katastrophalen Bedingungen des Häftlingsalltags in den Tunneln. Dem dient eine diesen Bereich dominierende und den unterirdischen Stollen symbolisierende Steinwand mit daran befestigten Häftlingsberichten und Fotos sowie den Alltag der Häftlinge bestimmende Realien. Die für das KZ Mittelbau-Dora charakteristische Dualität der Verbindung von rationaler und sehr effektiver Planungskompetenz und barbarischer Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft bis in den Tod kommt so unmißverständlich zum Ausdruck.

Der dritte Bereich ist der Produktionsphase gewidmet. Sein vorherrschendes Material ist Stahl: Der Form von V-Waffen nachempfundene stählerne Halbzylinder schotten diesen Bereich von der übrigen Aus-



Ausstellungsabschnitt im Museum der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.



stellungsfläche ab. Mit ihrer Gleichförmigkeit verweisen sie auf die fabrikmäßig-serielle Produktion der Waffen, mit ihrer Mächtigkeit hingegen auf das Gewaltpotential ebenso wie auf das Geheimhaltungspotential der Rüstungsindustrie. In den Halbschalen präsentierte Bergungsfunde aus den Stollenanlagen, insbesondere Fragmente der Waffenproduktion, sind wiederum mit Fotos und Häftlingszitaten kontrastiert. Auf die Täter macht ein Klappdisplay aufmerksam, in dem mit Porträtaufnahmen versehene Biographien von Ingenieuren, Angestellten der Mittelwerke und Angehörigen der SS zu finden sind. Die Daten gehen weit über die von 1943 bis 1945 reichende Bestandsdauer des KZ hinaus und reichen über die gesamte Lebensspanne der betreffenden Personen. Deutlich wird hier, daß nur wenige von ihnen eine wirklich Strafe traf. Das nüchterne Biographiedisplay wird durch ein weiteres mit archivalischen Dokumenten ergänzt.

An die der Rüstungsproduktion gewidmete Sektion schließt sich eine Darstellung des Häftlingslagers an. Es handelt sich um einen offenen Bereich, in dem der Ausstellungsraum „Häftlingsbaracke“ als Wohnort der Gefangenen zur Wirkung kommt. Auf dem Übergang zwischen „Produktion“ und „Häftlingslager“ erscheint zunächst aber die SS als Instanz mit aktiv agierenden Personen. Veranschaulicht wird dies durch Exponate mit persönlichem Charakter. Die Lage der Häftlinge unter permanentem Terror, die Behauptung der eigenen Menschlichkeit, versinnbildlichen kleine geschlossene und Tresoren nachempfundene Vitrinen. Jeweils einzeln präsentieren sie scheinbar belanglose, für die Häftlinge allerdings äußerst kostbare Besitztümer: Ein Eßgeschirr aus Blech, einen Blechlöffel, einen Rosenkranz aus Drahtresten, einen Ring mit Gravur, einen Holzpflock mit eingenaagelten Initialen. Den Raum begrenzend, steht ein Medizinschrank mit im Gelände geborgenen medizinischen Geräten. Er symbolisiert das Häftlingskrankenrevier, ein Ort, der nicht der medizinischen Versorgung sondern der Isolierung und Selektion arbeitsunfähiger Häftlinge diente.

Der sich hier anschließende vierte Bereich behandelt die Endphase des Konzentrationslagers. Eine auf den Boden aufgebraachte Karte der Region, eine darauf befindliche Hacke und das Material „Schotter“ stellen den Bezug sowohl zum Funktionswandel des Konzentrationslagers in seiner Spätphase mit einer zunehmenden Anzahl mörderischer Außenlager und Baukommandos, als auch zur Auflösungsphase, zur Evakuierung und zum folgenden Massensterben her. Raumbeherrschend sind hier eine Bodenvitrine mit authentischen zerlumpten Häftlingsschuhen, die auf Gesteinsschotter gleichsam im Schreiten verloren wurden, ein Großfoto von im Außenlager Boelcke-Kaserne 1945 gefundenen Toten sowie ein am gleichen Ort gedrehter amerikanischer Film, der tonlos auf einem Wandmonitor gezeigt wird.

An diesen der Darstellung des Sterbens vorbehaltenen Bereich schließt sich ein letzter fünfter an, in dem an die Gedenkstätte gerichtete Briefe, Suchanzeigen und Bitten um Nachforschungen deutlich machen, daß die Erlebnisse im Konzentrationslager und die Traumatisierungen der Überlebenden nicht vorbei sind, sondern fortauern. Individuell abrufbare Interviews mit Überlebenden des KZ und Leseangebote bieten weitere Informationsmöglichkeiten. Diesen Zeugnissen stehen Angaben über die ungebrochenen Karrieren von Tätern nach 1945 gegenüber.

Wie das Museum erschließt sich Besucherinnen und Besuchern auch das Freigelände weitgehend von selbst. Im Eingangsbereich, direkt neben dem Besucherparkplatz, steht ein Anfang 1996 auf dem historischen Gleisbett aufgestellter Eisenbahnwaggon. Er konfrontiert Besucherinnen und Besucher schon bei ihrer Ankunft mit einem Verkehrsmittel, das den meisten Gästen als Symbol vertraut sein dürfte und das durch die Parallelität der Ankunftssituationen - die eigene Ankunft in der Gedenkstätte heute und die damalige vieler Häftlinge im KZ - einen spontanen persönlichen Bezug vermittelt. Im ehemaligen Häftlingslager werden seit 1991 sukzessive noch vorhandene

Gebäudereste freigelegt und mit Informationstafeln versehen. Ziel ist ein möglichst weitgehendes Offenlegen und Zugänglichmachen des „historischen Ortes“: Die Konfrontation mit den historischen Relikten soll zur Erkenntnis der Geschichte des KZ führen. Es wird dabei auf die Authentizität der Fragmente gesetzt, über Freilegungsarbeiten hinaus wurden deshalb bewußt kaum Veränderungen vorgenommen. Mitte der 70er Jahre angelegte architektonische Gestaltungen blieben als zeitgeschichtliche Denkmale der DDR-Geschichte erhalten.

Zielgruppe für Angebote der pädagogischen Abteilung sind in erster Linie Schüler und Jugendliche, die sich in z.T. mehrtägigen Forschungs- und Lernprojekten oder in Workcamps mit der Geschichte des Konzentrationslagers vertraut machen und anhand der dabei gewonnen Erfahrungen über ihre eigene Situation reflektieren. Die Jugendlichen gewinnen ihren Zugang zur Geschichte des KZ insbesondere durch das Arbeiten im Gelände und durch die Beschäftigung mit authentischen Materialien und Objekten. Unterstützt wird dies durch speziell entwickeltes Unterrichtsmaterial und durch den Einsatz audiovisueller Medien. Ergänzend gibt es besondere thematische Angebote, etwa zu verschiedenen Opfergruppen. An die interessierte Öffentlichkeit richtet sich ein Veranstaltungsprogramm mit der Reihe „NS im Film“ sowie mit themenbezogenen Lesungen, Theateraufführungen und anderen Sonderveranstaltungen. Besonders eindrucksvoll sind in diesem Rahmen Veranstaltungen, bei denen darstellende und ausübende Künstler, Literaten oder Musiker ihre Form der Auseinandersetzung mit dem Thema „KZ“ in einem besonderen Bereich des historischen Tunnelsystems darbieten. So spielte dort beispielsweise der Klezmerianer Giora Feidmann seine Klarinette.

Als Diskussionsforum für historisch Forschende bietet die Gedenkstätte ein seit 1995 zweimonatlich tagendes Kolloquium in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen und der Universität Hannover an. In der Gedenkstätte forschen



drei Wissenschaftler zur Geschichte des KZ. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Betreuung einer im Haus vorhandenen Dokumentationsstelle und Bibliothek, die Interessierten offen stehen. Forschungsergebnisse werden laufend in von der Gedenkstätte herausgegebenen Publikationen veröffentlicht.

Trotz allem bleibt doch Kritik anzumerken: Die museale Präsentation auf 280 qm ist viel zu klein und stellt die Geschichte des Konzentrationslagers nicht in ausreichender Ausführlichkeit dar. Insbesondere der Alltag der Häftlinge wird nur ungenügend vermittelt. Weitere Kritik ergibt sich aus der unbefriedigenden Personal- und Finanzsituation der Gedenkstätte. Dem großen Bedarf nach Führungen durch Freigelände und Stollenanlagen kann wegen Personalmangel nicht immer entsprochen werden. Dies gilt gleichermaßen für die pädagogischen Angebote, insbesondere für Schulen. Dennoch lohnt sich der Besuch.

Fotos: Archiv der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.

(Dr. Olaf Mußmann ist stellvertretender Direktor der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.)

Öffnungszeiten:

1. Oktober - 31. März: 10.00 - 16.00 Uhr;
1. April - 30. September: 10.00 - 18.00 Uhr;
Führungen: Dienstag - Freitag: 11.00 und 14.00 Uhr;
Gruppenführungen nach Voranmeldung;
Tel. 03631 / 3636, Fax.: 03631/40181;
Eintritt frei;
Alle Einrichtungen der Gedenkstätte sind für Körperbehinderte gut erreichbar.

Museum:

Größe: 280 qm, 5 Ausstellungsbereiche;
Gestaltung: ikon - Büro für Kultur und Geschichte;
Realisation der Bauten: Formfürsorge.

Tunnelsystem:

Länge: ca. 20 km, Höhe: bis 30 m;
Länge des neuangelegten Zugangsstollens: 180 m;
Heute noch vorhandene Fläche unter Tage: 120.000 qm;
Zu besichtigen (in der zweiten Ausbaustufe): ca. 710 lfm., entspr. ca. 8.000 qm, nur im Rahmen von Führungen.

Freigelände:

Größe: ca. 140 ha mit rund 80 denkmalgeschützten Einzelobjekten;
Länge des erschlossenen Wegenetzes: ca. 10 km

„Die Gestapo im regionalen Vergleich“ - Tagungsbericht -

von Frank Dingel

Den Anstoß für die Tagung des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg - Universität vom 4. bis 7.10.1995 im Landeskulturzentrum Salzbau gab der von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann herausgegebene und fast zeitgleich mit der Tagung erschienene Band „Die Gestapo - Mythos und Realität“¹. Leider reichten die von der Stiftung Volkswagen zur Verfügung

gestellten Mittel nicht aus, um allen Interessierten eine Teilnahme an der Tagung zu ermöglichen. Dies war sehr bedauerlich, da dadurch eine Funktion der Tagung, Impulse für weitere Forschung zu geben, unnötigerweise eingeschränkt wurde. Dies gilt um so mehr, als es sich bei dieser Tagung nicht nur um den Abgleich regionaler Forschungsergebnisse handelte, wie das Thema nahelegte, sondern um Grundsatzfragen der Gestapoforschung. Im Mittelpunkt sollten weder die Selbstinterpretation der Gestapo noch ihre Wahrnehmung durch die Zeitgenossen stehen, sondern die Realgeschichte selbst. Der Weg dorthin war der des Voranschreitens vom Allgemeinen zum

Besonderen. Konsequenterweise stand daher am Anfang das Referat von Ralph Jessen (Berlin) über „Polizei und Gestapo als Gegenstand der historischen Forschung“. Aus dem kenntnisreichen Vortrag über die Entwicklung von der gesamtgesellschaftlich konzipierten Policey des 18. Jahrhunderts zur bürokratisch differenzierten, auf das Aufgabenfeld Bewahren von Sicherheit und Ordnung hin orientierten staatlichen Dienstleistung der Polizei des 20. Jahrhunderts sei hier nur ein Gedanke herausgegriffen, der direkt ins Zentrum der aktuellen Gestapo-Diskussion führt. Jessen machte nämlich klar, daß die Polizei ihre Aufgabe auch vor 1933 nur in Kooperation

¹ Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.): Die Gestapo - Mythos und Realität. Mit einem Vorwort von Peter Steinbach. Darmstadt 1995.



mit der Bevölkerung erfolgreich durchführen konnte. Die Tatsache, daß der Anstoß zu rassistischer und politischer Verfolgung nach 1933 zum weitaus größten Teil von den Anzeigen und Denunziationen der Bevölkerung gegeben wurde und nur in einem geringeren Maße der aktiven Ermittlungsarbeit der Gestapo selbst zuzuschreiben war, erscheint nun als weit weniger aufsehenerregend als bei isolierter Betrachtung. Es stellen sich zwei Fragen: Erstens, warum ist die Bevölkerung auch nach 1933 weiterhin „mitteilksam“ (Gellately) und zweitens, welche Form nimmt diese Mitteilksamkeit an. Auf der Tagung wurde nicht begrifflich zwischen Anzeige und Denunziation unterschieden. Das reflektierte den Stand der Forschung insofern, als das Hauptinteresse der „Kooperation“ der Bevölkerung galt und nicht der Frage nach den Motiven. Letzteres ist aber wichtig, um zu erklären, warum es eine „Kultur des Schweigens“ (Jessen) gegenüber der Polizei im „Dritten Reich“ nur noch sehr unzureichend gab. Zu den Definitionsmerkmalen der Denunziation gehört m.E. notwendig die Anonymität, die die moralische Negativität der Denunziation begründet: Feigheit, sowie die Angst, daß die egoistische Absicht, jemand anderem zu schaden auf den Denunzierenden zurückschlägt, wenn er namhaft gemacht werden könnte. Die persönlich vertretene Anzeige zeigt darüber hinaus eine Staatsbindung, die es offenbar geboten erscheinen läßt, alle diejenigen ans Messer zu liefern, die sich den staatlichen Normen widersetzen. Der Staat erscheint hier als Abstraktum, für das die konkrete Erscheinungsform als demokratischer Rechtsstaat oder faschistische Diktatur zweitrangig ist. Man hat dem Staat zu geben, was des Staates ist. Die Frage nach der relativen Autonomie des Individuums gegenüber dem Staat stellt sich im übrigen nicht nur in der Diktatur, sondern auch in demokratischen Verhältnissen, wie die Diskussion um das „Kirchenasyl“ gezeigt hat.

Im Anschluß an Ralph Jessen skizzierte Johannes Tuchel (Berlin) die „Lenkungs- aufgaben des Reichssicherheitshauptam-

tes“. Dieses Referat schloß sich sehr gut an die Ausführungen von Ralph Jessen an, denn die Zentralisierungstendenzen in der Polizei, die mit der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes am 27.9. 1939 einen gewissen Abschluß gefunden hatten, entsprachen durchaus dem Wunsch deutscher Polizisten schon vor 1933. Heinrich Himmler war am 17. Juni 1936 zum Chef der gesamten deutschen Polizei ernannt worden und er nutzte dieses Amt, um Kripo und Gestapo zur Sicherheitspolizei zusammenzufassen und sie am 26.6.1936 Heydrich zu unterstellen. Das Reichskriminalpolizeiamt selbst wurde allerdings erst im Juli 1937 durch Umbenennung des Preußischen Kriminalpolizeiamtes geschaffen. Diese seltsame Chronologie sowie die Tatsache, daß das Reichssicherheitshauptamt, das 1939 durch Hinzufügung des Sicherheitsdienstes der SS, einer Parteieinrichtung, zustande kam, sich nur im internen Schriftverkehr als RSHA bezeichnen durfte, nach außen aber als „Sicherheitspolizei und SD“ auftreten mußte, zeigt, daß die Gründung des RSHA kein Endpunkt war, sondern nur als Zwischenstation auf dem Wege zu einem nationalsozialistischen Staatsschutzkorps aufgefaßt wurde, das jedoch nicht mehr realisiert wurde. So unabgeschlossen wie die Organisation selbst, so vielfältig waren die Befehlswege. Über die konkrete Rolle der Inspekture der Sicherheitspolizei und des SD herrschte auch bei den in Salzaun versammelten Experten einige Ratlosigkeit. Einigkeit herrschte jedoch darüber, daß man genau zu unterscheiden habe zwischen dem, was die Zentrale in Berlin wollte und anordnete und dem, was tatsächlich geschah. Beispielen strikter Befehlskontrolle standen andere gegenüber, bei denen es der Gestapo(lei)stelle überlassen blieb, wie sie die Anweisungen aus Berlin umzusetzen gedachte. Burkhard Jellonek (Saarbrücken) wies z.B. darauf hin, daß die Düsseldorfer Leitstelle der Gestapo sich durch besonders energische Homosexuellen-Verfolgung auszeichnete, während es die Kölner Kollegen eher lasch angehen ließen, so daß die Kölner Justiz die Düsseldorfer Gestapo um Amtshilfe anging und nicht die eigene Kölner

Gestapo.² Mit diesen und anderen, während der Tagung immer wieder berichteten Beispielen von Ineffektivität von Gestapo-Tätigkeit geriet man jedoch hin und wieder in eine Schieflage, die der an dieser Tagung leider nicht teilnehmende Werner Röhr andernorts zu Recht kritisiert hatte: „Nun wird bei dieser Frage nach der inneren Effektivität der Tätigkeit der Gestapo deren Aufgabenstellung vorausgesetzt. Dies kann aber kaum die Zielstellung des wissenschaftlichen Historikers sein. Wenn daher der Sozialhistoriker nicht im nachhinein die Gestapo darüber belehren möchte, wie sie ihre verbrecherische Tätigkeit effektiver, und das heißt hier wirkungsvoller und rationeller, hätte gestalten können, so bleibt die kritische Reflexion auf die Frage nach der „Effizienz“ der Gestapo unerläßlich: Der Forscher sollte daher einer Sozialgeschichte ihrer Wirkungen unbedingt Vorrang vor einer Sozialgeschichte des Innenlebens der bürokratischen Institution einräumen. Sonst schlägt der Effekt von unter der Folter erzwungener Aussagen als Moment der „Effektivität“ der Gestapo zu Buche.“³

Die hier ausgesprochene Warnung ist zu beherzigen, doch sollte dies nicht umgekehrt heißen, daß man sich um die Sozialgeschichte des Innenlebens der Bürokratie nun gar nicht zu kümmern habe. Denn auch wenn man sich hauptsächlich für die „Sozialgeschichte der Wirkungen“ interessiert, ist es doch wichtig zu wissen, wer für diese Wirkungen verantwortlich ist. Diese Frage stand im Mittelpunkt des Vormittags am zweiten Tag der Tagung. Auch hier erfolgte die Analyse von „oben“ nach „unten“, vom Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes über das Führungskorps der Sicherheitspolizei und des SD bis zu den Mitarbeitern der Staatspolizeistellen. Michael Wildt (Hamburg), der über „Das

² Der von Jellonek angesprochene Vorgang wird in seinem Buch „Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich“, Paderborn 1990, S. 290 ff. geschildert.

³ s. Werner Röhr: Über die Initiative zur terroristischen Gewalt der Gestapo. Fragen und Einwände zu Gerhard Paul, in: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hrsg.): Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus. Münster 1995, S. 222.



Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes" referierte, warnte seine Zuhörer vor allzu großen Erwartungen, da er sich noch in der „Archivphase“ befinde, gleichwohl waren seine vorläufigen Arbeitsergebnisse sehr aufschlußreich. Er ging von ca. 250 Personen aus, die zum Führungskorps des RSHA zu zählen seien; rechne man sämtliche Personen, die zwischen 1939 und 1945 Leitungsfunktionen im RSHA innehatten, so käme man auf über 450 Personen. (Zum Vergleich: 1942 beschäftigte das RSHA in Berlin rd. 3.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin - FD.) Das für dieses Führungskorps Typische demonstrierte Wildt sowohl an drei exemplarischen Biographien - Dr. Siegfried Engel, Jahrgang 1909, im RSHA zuständig für „Weltanschauliche Erziehung“ und 1944 als SD-Kommandoführer in Italien eingesetzt, Dr. Walter Zirpins, Jahrgang 1901, 1940 Leiter der Kripo in Lodz und ab 1941 im RSHA verantwortlich für den Bereich Erziehung und Schulung der Sicherheitspolizei und des SD und schließlich Dr. Erwin Weinmann, Jahrgang 1909, 1941 Gruppenleiter der Länderreferate im RSHA, im Januar Führer des Sonderkommandos 4a in der Einsatzgruppe C in der Ukraine und ab Ende August 1942 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag - wie auch an quantitativ auffälligen Merkmalen der gesamten untersuchten Gruppe. Wildt stellte folgende Merkmale heraus:

1. Die Jugendlichkeit des Führungspersonals: Weit über zwei Drittel hätten zu den Geburtsjahrgängen zwischen 1904 und 1912 gehört, waren also bei Gründung des RSHA 1939 zwischen 27 und 35 Jahre alt.
2. Gute Ausbildung: Vier Fünftel besaß Abitur, zwei Drittel eine Hochschulausbildung und ein gutes Viertel einen Doktorgrad.
3. Kripo, Gestapo, SD, die Elemente des späteren Reichssicherheitshauptamtes, wirkten auf junge Rechtsintellektuelle attraktiv, weil hier den in der Weimarer Republik von Akademikern Arbeitslosigkeit

und sozialer Deklassierung Bedrohten adäquate Berufs- u. Aufstiegschancen geboten wurden.

4. Weltanschaulicher Fanatismus. Die Hinwendung zum nationalsozialistischen Verfolgungsapparat erfolgte keineswegs aus Opportunismus. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß ein großer Teil sich schon vor 1933 in der nationalsozialistischen Bewegung engagiert hatte und selbst dann, wenn die berufliche Karriere gesichert war, dem Politischen den Vorrang einräumte. Wildt zitierte ein Beispiel aus der SD-Personalakte Weinmann, in der es 1936 heißt: „Weinmann war Assistenzarzt am Universitätskrankenhaus Tübingen. Er wird von dort immer wieder angefordert, um Oberarzt zu werden. Weinmann ist ein ausgezeichnete Arzt, aber auch ein ebenso ausgezeichnete SD-Mann. Seine Neigung gehört überwiegend dem SD.“
5. Die ideologischen Elemente der RSHA-Weltanschauung, sozusagen ihre corporate identity, lassen sich beschreiben mit „Kriegserlebnis“, Biologisierung des Sozialen und Einheit von Gedanken und Tat. Nur wenige Angehörige des Führungskorps des RSHA haben den Krieg wirklich als Soldaten erlebt. Die meisten waren zu jung. Trotzdem wirkte das „Kriegserlebnis“ in seiner politischen Verarbeitung durch die publizistische Rechte stark auf die bürgerliche Jugend. Der Krieg war eine mentale Zäsur. Die alten Werte hatten versagt, neue demokratische wurden abgelehnt. Statt dessen wurde durch die Biologisierung des Sozialen die Amoralisierung des Politischen vorangetrieben. Die Biologie kennt nicht gut oder böse, sondern nur gesund und krank, stark und schwach. Rassismus als intellektueller Stimulus der RSHA-Elite entsprang also nicht emotionalen Haßgefühlen, sondern der Überzeugung, Mittäter beim Vorantreiben eines objektiven und notwendigen Prozesses zu sein.

Das Gesamtbild, das sich aus den hier geschilderten Charakteristika ergibt, wird mit dem Begriff „Schreibtischtäter“ nur unzureichend umschrieben. Ihre selbstgewählte Weltanschauung des „heroischen Realismus“ schloß die Praxis des Mordens als Führer von Einsatzgruppen und Einsatzkommandos mit ein, sie waren planendes und ausführendes Organ in einem.

Das anschließende Referat von Jens Bannach (Berlin) über „Das Führungskorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936 - 1945“ ergänzte die Ausführungen von Michael Wildt in ausgezeichnete Weise. Bannach interessierte sich für die „Number Two Men“ (Rebentisch) und faßte daher die zu untersuchende Gruppe erheblich weiter als dies Wildt getan hatte. Von den 50.648 Männern (Gestapo, Kripo, SD), die das Reichssicherheitshauptamt als Iststärkenachweis, Stichtag 1.1.1944, angegeben hatte, gehörten ca. 3.800 zum Führungskorps, wenn man dieses ab Kriminalkommissar, Regierungsassessor bzw. Obersturmführer und Hauptsturmführer beginnen läßt. Aus dieser Gesamtzahl für das Führungskorps wurde dann ein Sample von 1.800 Namen gezogen, die genauer untersucht wurden. 3.000 Namen dienten als Kontrollgruppe bei allgemeinen Fragen wie z.B. der generationsmäßigen Zusammensetzung. Auf dieser soliden statistischen Grundlage breitete Bannach sein Material detailliert aus. Da es im wesentlichen die Ausführungen von Michael Wildt bestätigte, muß es an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Nur eine Bemerkung sei noch gestattet. Bannach verglich die Daten für das Führungskorps der Sicherheitspolizei und des SD mit denen der Gesamtbevölkerung, wodurch manche Angaben besonders plastisch wurden. Das auch von Bannach konstatierte hohe Bildungsniveau (Abitur hatten bei der Kripo 72%, der Gestapo 70% und beim SD knapp 50%) wird erst dann richtig aussagekräftig, wenn man weiß, daß in der Gesamtbevölkerung nur 5% Abitur hatten, 13% einen Realschulabschluß erworben hatten und 82% sich mit Volksschulbildung zufrieden geben mußten.



**Dienstag – Sonntag
10 – 18 Uhr
Eintritt frei**

Topographie des Terrors

**Gestapo, SS und
Reichssicherheitshauptamt
auf dem
»Prinz-Albrecht-Gelände«
Eine Dokumentation**

**Am Martin-Gropius-Bau, Stresemannstraße 110, 1000 Berlin 61
(U-Bhf. Kochstraße, S.-Bhf. Anhalter Bhf., Bus 24/29)**
**Veranstalter: Berliner Festspiele GmbH
für den Senator für Kulturelle Angelegenheiten**

Das erste Plakat zur Werbung für die Ausstellung *Topographie des Terrors*, 1987, Margret Schmitt.

Naturgemäß am schwierigsten ist es, die Daten der Mitarbeiter der Gestapo-(leit)stellen zu ermitteln, also der Gestapo „vor Ort“. Dieser Herausforderung stellte sich Elisabeth Kohlhaas (Frankfurt a. M.) in ihrem Referat „Die Mitarbeiter der Staatspolizeistellen. Quantitative und qualitative Befunde.“ Als allgemeine Schlußfolgerung aus ihrem Beitrag konnte man die Erkenntnis ziehen, daß sich die Gestapo in permanenter Personalnot befand. Für das Jahr 1935 ist die erstaunliche Tatsache festzuhalten, daß im Juni eine Ist-Stärke von rund 2.500 für Preußen gemeldet wurde, im Etat allerdings rd. 4.000 Stellen vorgesehen

waren (ohne Wachmannschaften in den Konzentrationslagern). Die fehlenden 1.500 können nicht alles Kanzleiangestellte und Telefonistinnen gewesen sein, die bei der Ist-Stärke nicht mitgezählt waren. Man könnte diese Diskrepanz als Indikator für die Differenz zwischen Wünschbarem und Realisierbarem nehmen. Mit der imperialistischen Wendung nach außen ab 1938 wird die Lage im „Altreich“ für die Gestapo immer prekärer: Stellenzuwächse kommen den annektierten Gebieten zugute und da diese für die „Befriedung“ nicht ausreichen, müssen die Gestapostellen Personal abgeben. Sie können bis zu 35% ihres Stamm-

personals verlieren, das teilweise durch Hilfskräfte ersetzt werden muß. Wie dies nun für die Sozialgeschichte des „Dritten Reiches“ zu interpretieren ist, ist noch weitgehend offen. Erste Hypothesen können jedoch schon formuliert werden und wurden auf der Tagung auch zur Sprache gebracht. Zunächst unterstreicht die Personalknappheit der Gestapo, daß „der häufig beschworene ‘Gestapo-Agent an jeder Straßenecke’ ein Mythos ist“ und das heißt im Umkehrschluß: Für Resistenz gab es mehr Handlungsspielraum, als bislang angenommen wurde. In dieselbe Richtung könnte der von Frau Kohlhaas konstatierte Dequalifizierungs- und Deprofessionalisierungsprozeß hindeuten, während andererseits Gerhard Paul bei seinen Forschungen über die saarländische Gestapo festgestellt hat, daß mit sinkendem Professionalisierungsgrad die Brutalität der Verhörmethoden stieg. Brutalisierend wirkten auch die Erfahrungen der nach Polen und in die besetzten Teile der Sowjetunion abgestellten Gestapo-Beamten, die bei ihrer Rückkehr ihre Praxis in den besetzten Ostgebieten zum Maßstab ihres Verhaltens im „Reich“ machten.

Im Mittelpunkt des Nachmittags stand das Referat von Klaus-Michael Mallmann (Berlin): „Die V-Leute der Gestapo. Umriss einer kollektiven Biographie.“ Fakten- und ideenreich, bot dieser Vortrag den Zuhörern viel, aber nicht das, was es versprach: eine kollektive Biographie. Und er konnte das Versprechen nicht einlösen, weil die Sache selbst es nicht zuließ. Es erstaunte keineswegs, so Mallmann selbst, „daß die vorliegenden Informationen über V-Leute sozialstrukturell gewissermaßen polymorph sind, keinerlei Präferenzen bestimmter Merkmale aufweisen und ebensowenig wie beim Denunzianten eine entsprechende Profilierung ‘des Spitzels’ erlauben.“ Wenn der Begriff „kollektive Biographie“ überhaupt einen Sinn haben soll, dann den, daß für eine bestimmte Gruppe, z.B. das Führungskorps des RSHA oder die „V-Leute“ gemeinsame Merkmale benannt werden können, die über die reine Funktionszuordnung, Führungskader oder Spitzel zu sein hinaus gehen. Für die Führungskader des RSHA lassen sich solche Merkmale offen-



bar finden, wie die Referate von Michael Wildt und Jens Bannach gezeigt hatten, nicht jedoch für die äußerst heterogene Gruppe der V-Leute. Hier gibt es eine Fülle von Typen, die vom Überzeugungstäter über den Opportunisten zum „Drei-Groschen-Jungen“ reicht. Selbst das Kriterium „Arbeit für die Gestapo“ ist nicht ganz eindeutig, da es auch nicht an Versuchen gefehlt hat, durch nur scheinbares Eingehen auf die Wünsche der Gestapo diese zu überspielen, das Informationsbedürfnis der Verfolger zur Verwirrung und Irreführung dieser Verfolger zu nutzen.

V-Leute gab es in allen gesellschaftlichen Bereichen; selbst Juden arbeiteten der Gestapo zu, wofür Stella Goldschlag, die in Berlin versteckte Juden aufspürte und sie der Gestapo auslieferte⁴, das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel ist. Keine politische, gesellschaftliche oder religiöse Gruppe, so Mallmanns wohlbegründete These, konnte und kann für sich in Anspruch nehmen, gegen Verräter oder Nazi-Infiltration immun gewesen zu sein. Er verwarf explizit die These, daß die KPD aufgrund ihrer stalinistischen Kaderstruktur für V-Leute leichter zu unterwandern gewesen wäre als die SPD. Zum einen wies er darauf hin, daß die Gestapo 1933 nur da weiterzumachen brauchte, wo die politische Polizei der Weimarer Republik aufgehört hatte, den Polizeivizepräsidenten von Berlin Bernhard Weiß zitierend, der 1928 geäußert hatte, daß „jede politische Polizei, die ihrer Aufgabe gerecht werden will, von Vertrauensleuten, (...) von Spitzeln Gebrauch machen (muß)“, zum andern erinnerte er daran, daß der Massenzustrom zur KPD in der Weltwirtschaftskrise das Einschleusen von V-Leuten erleichterte. Für die SPD lassen sich genügend Fälle benennen, in denen sozialdemokratische Widerstandskerne durch Spitzel oder Verräter zerschlagen worden sind, so daß sich hier ähnliche Vorgänge beobachten lassen wie bei der KPD. Daß die KPD stärker Objekt der Verfolgung war, hängt mit der Prioritätensetzung durch die Gestapo zusammen. V-

Leute standen nicht in beliebiger Menge zur Verfügung, zudem waren sie, hatte die Gestapo eine Widerstandsgruppe zerschlagen, in der Regel nicht weiter verwendungsfähig. Die Bekämpfung der KPD war für die Gestapo von stärkerem Interesse als die Zerschlagung des sozialdemokratischen Widerstandes, das Infiltrieren kirchlicher Kreise nicht so wichtig wie die Unterwanderung des politischen Widerstandes.

Die Fülle an Beispielen, die Mallmann in seinem Referat aufführte, täuschte etwas über das methodische Problem weg, das er auch ansprach: Akten über V-Leute, sofern sie überhaupt noch existieren, sind natürlich verschlüsselt und machen die Rekonstruktion des Geschehenen für den Historiker noch schwieriger als es ohnehin schon ist. Zudem war die Beschäftigung mit V-Leuten kein Schwerpunktthema der Widerstandsforschung. Mallmanns Vorwurf, sie sei lediglich an der Idealisierung des Widerstandes interessiert gewesen und nicht an der dunklen Seite des Verrates ist allerdings in sofern ungerecht, als weniger die Forschung angeklagt werden muß als vielmehr die politische Verwertung dieser Forschung, die wiederum den politischen Rahmen setzt, in dem Forschung gefördert wird. Die politische Forderung in der jungen BRD war allerdings eindeutig: man brauchte den Nachweis des „anderen Deutschland“, zu dem Spitzel, Verräter, Nazi-Proselyten usw. zweifellos nicht gehörten.

In der Diskussion ging es noch einmal um den SDP-KPD Vergleich. Ludwig Eiber (Hamburg) nannte drei Kriterien, in denen sich diese Parteien unterschieden: klandestine Organisation, soziales Milieu und Haftbedingungen. Wenn die SPD eine weniger rigide konspirative Organisation hatte, dafür aber über ein stabileres soziales Milieu verfügte und durch weniger harte Haftbedingungen bedroht war als die KPD, dann bedeutet dies, daß die KPD die gefährdetere der beiden Organisationen der Arbeiterbewegung gewesen war: hatten sich V-Leute einmal Zugang zur Organisation der KPD verschafft, dann war ihr Erfolg verheerend für die Partei. Härtere Straf-

maßnahmen von seiten des faschistischen Staates verschafften den Gestapo-Beamten ein erhöhtes Einschüchterungspotential. Mallmann war wiederum skeptisch, was die Schutzfunktion des stabilen sozialen Milieus anging. Er verwies auf die massenhafte Infiltration der SPD und verwies seinerseits auf einen festen Traditionskern der KPD.

Durch die beiden folgenden Referate erfolgte ein Akzentwechsel doppelter Hinsicht. Zum einen sollte jüngeren Forschern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeitsergebnisse vorzustellen, zum andern ging es jetzt nicht primär um die Täter, sondern um Tätigkeitsbereiche. Michael Reinold (Berlin) referierte über „Das Judenreferat der Staatspolizei-Leitstelle Stuttgart“ und Gabriele Lofti (Münster) über „Die Arbeits-erziehungslager der Staatspolizeistellen Köln und Dortmund“. Aus Reinolds Vortrag blieb als stärkster Eindruck die Alltäglichkeit des Vorgangs haften. Das „Judenreferat“ der Stapo-Leitstelle verfügte über zwei ständige Sachbearbeiter, für den „Ausländerereinsatz“ wurden zweiundzwanzig benötigt. Die Namen für die Transportzüge wurden zunächst von der jüdischen Gemeinde zusammengestellt, ab Sommer 1942 dann von der Gestapo selbst, da sie nun über eine „Judenliste“ verfügte. Für einen Transport von 1000 Juden wurden 100 Personen als Wachpersonal, Organisatoren usw. benötigt. Von den beiden Sachbearbeitern hatte der eine schon vor 1933 bei der Polizei gearbeitet, der andere hatte sich zunächst als Fahrer beworben und war ab 1941 im Judenreferat beschäftigt worden. Beide seien keine Nazis im strengen Sinne gewesen. Nach dem Krieg äußerte sich einer von ihnen, er habe zu seiner Arbeit nur dienstlich Stellung genommen, nie jedoch menschlich.

Frau Lofti wies in ihrem Beitrag, der auf den Studien zu ihrer demnächst fertiggestellten Dissertation beruht, auf ein Betätigungsfeld der Gestapo hin, dessen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit durch das allgemeinere KZ-System überlagert wird. Der Höhere SS- und Polizeiführer West mit Sitz in Düsseldorf regte 1940 die Schaffung eines

⁴ vgl. Peter Wyden: Stella. Göttingen 1993.



Straferziehungslagers „neuen Typs“ an und die Industrie nahm diese Anregung dankbar auf. Eines der ersten und größten Arbeitserziehungslager war das sauerländische Hunswinkel bei Lüdenscheid, die Baracken des Lagers wurden vom Ruhrtalesperrenverein gestellt, die Insassen des Lagers mußten die Versetalsperre erbauen. Die Versetalsperre ist heute Trinkwasserreservoir und beliebtes Naherholungsgebiet, von ihren Erbauern weiß heute kaum jemand etwas. Sie liegen z.T. auf einem im Wald versteckten sogenannten „Russenfriedhof“ nahe der Autobahn.

Arbeitserziehungslager stellten gegenüber einem KZ einen Spezialfall dar. Sie dienten als Disziplinierungsmittel gegenüber deutschen „Arbeitsbummelanten“ und ausländischen Zwangsarbeitern. Sie waren bei Unternehmern ausgesprochen beliebt, da eine Einweisung in ein AEL viel weniger bürokratischen Umstand machte als eine Überstellung ins KZ. Der „Bummelant“ wurde der Gestapo gemeldet, die die Einweisung veranlaßte, der Name des AEL-Häftlings am „Schwarzen Brett“ zwecks Abschreckung bekanntgeben. Die Tatsache, daß auch KZ-Häftlinge in Arbeitserziehungslager überstellt wurden, zeigt, daß der Aufenthalt in einem AEL als eine Verschärfung gegenüber der KZ-Haft angesehen wurde.

Der dritte Tag der Tagung wurde eingeleitet mit dem Vortrag von Robert Gellately (Ontario/Kanada) über „Denunziationen als Ermittlungsinstrument der Gestapo“. Das Referat war zugleich Übergang zu den lokal und regionalgeschichtlich orientierten Arbeiten, da der Schwerpunkt der Forschungsarbeit von Robert Gellately die Stapostelle Würzburg war.⁵ Bei Gellately ging es zunächst jedoch nicht um die besonderen Bedingungen Unterfrankens, sondern um die Verallgemeinerungsfähigkeit seiner These, daß die Ermittlungstätigkeit der Gestapo in über großem Maße

durch Denunziationen initiiert wurde und nur in geringem Umfang aus eigenem Antrieb erfolgte, die Gestapo somit keine aktive, sondern reaktive Behörde war. Dieser Befund wurde durch weitere Forschungen im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf gestützt. Es wurde schon zu Beginn des Berichtes gesagt, daß bei Gellately alle Formen des Anzeigeverhaltens unter Denunziation oder, wie er, dem Wort die moralisierende Schärfe nehmend, auf der Tagung sagte: „Mitteilbarkeit“ zusammengefaßt werden. Dies ist natürlich zulässig, wenn man zeigen will, in welchem hohem Maße die Verfolgungsaktivität der Gestapo von außen initiiert wurde. Eine nähere Analyse jedoch verlangt Differenzierung, so war es sicherlich kein Zufall, daß die Diskussion zu Gellatelys Referat besonders lebhaft war. Bernhard Dörner verwies darauf, daß die Denunziation für die Gestapo ein Erkenntnisinstrument, kein Ermittlungsinstrument war. Das heißt: Die Gestapo war kein fauler Hund, der durch die Anzeige erst zum Jagen getrieben werden mußte, sondern sie war durch die von ihr selbst geschaffenen Diktaturbedingungen auf diese Art „Mitteilbarkeit“ angewiesen. Ferner scheint es mir sinnvoll, wie oben schon gesagt, zwischen anonymer Denunziation und obrigkeitstaatlich motivierter Anzeige zu unterscheiden. Die anonyme Denunziation kann sich eigentlich nur in Diktaturen entfalten, weil hier der Repressionsapparat auf diese Art „Mitteilbarkeit“ angewiesen ist, während sie in rechtsstaatlichen Verhältnissen nicht statthaft ist oder zumindest nicht statthaft sein sollte. Es ergibt sich somit die Frage, worin neben der Befriedigung persönlicher Rachegefühle der Reiz der Denunziation liegt. Ludwig Eiber wies darauf hin, daß dem „Volksgenossen“ mit der Denunziation ein Mittel an die Hand gegeben wurde, selbst Richter zu sein, ohne für seinen Richterspruch einstehen zu müssen. Er konnte einen so mächtigen Apparat wie die Gestapo für seine Zwecke instrumentalisieren.

Die beiden nächsten Vorträge über „Die Anfänge der Staatspolizei in Hamburg“ von Ludwig Eiber (München) bzw. über „Die

Staatspolizeistellen in Schleswig-Holstein“ von Gerhard Paul (Flensburg) ergänzten sich in bezeichnender Weise. Hamburg war eine der Hochburgen der Arbeiterbewegung, hier gab es eine starke KPD, die zu physischem Widerstand gegen die Nazi-Diktatur entschlossen war, eine nicht ganz so entschlossene SPD, die aber nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in der Hamburger Gesellschaft verankert war, kurz, ein starkes linkes Milieu, das dem Gauleiter Kaufmann Schwierigkeiten zu machen in der Lage schien. Diesen tatsächlich oder auch nur vermuteten Widerstand rasch zu brechen, war das Interesse des Gauleiters und die Aufgabe der Stapo, die er sich unterstellt hatte und die er vor zentralisierenden Zumutungen aus Berlin oder auch aus München abschirmte, wo der Reichsführer SS versuchte, die Staatspolizeien der deutschen Länder auf seine Person hin zu „verreichlichen“. Um ihr Ziel zu erreichen, benutzte die Hamburger Stapo psychischen und physischen Terror und beschränkte sich nicht nur auf die Zerschlagung der kommunistischen Organisationen, sondern betrieb auch die Liquidierung führender Vertreter der kommunistischen Arbeiterbewegung. Fieta Schulz und Etgar André, sind die bekanntesten Beispiele.

Die Hamburger Staatspolizei war - im Vergleich zu anderen deutschen Ländern - personell überdurchschnittlich besetzt. Von März bis Oktober 1933 konnte sie noch auf die Unterstützung von bis zu 500 Mann Hilfspolizei rechnen, die sich auf SA, SS und „Stahlhelm“ rekrutierte. Hamburg zeigt das klassische Modell: Der Terror der ersten Jahre der NS-Diktatur ermöglicht in den späteren dreißiger Jahren eine „milde Phase“, weil der anfangs verbreitete Schrecken ausreicht, auch in Zukunft sozialadäquates Verhalten im Sinne der Nazis zu erreichen, ohne daß es weiterhin extremer Mittel bedurft hätte.

Schleswig-Holstein bietet demgegenüber ein ganz anderes Bild. Das Land ist agrarisch, protestantisch, konservativ, schon vor 1933 eine Hochburg der Nationalsozial-

⁵ vgl. Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945. Paderborn/München/Wien/Zürich, 2. unv. Auflage 1994.



sten. Eine Machtfrage wie in Hamburg stellt sich nicht, der Aufbau der Staatspolizei kann somit eher gemächlich vor sich gehen, was organisatorisches Chaos nicht ausschloß. Es gab eine Staatspolizeistelle Altona, die zu Preußen gehörte, eine Außenstelle Eutin, die dem Geheimen Staatspolizeiamt in Oldenburg i.O. unterstand, das Gestapoamt in Lübeck, das schon 1933 dem Reichsführer-SS Himmler in seiner Eigenschaft als Polizeikommandeur der Länder unterstellt wurde sowie die Inspektionen Flensburg und Kiel. Die Zentralisierung erfolgte mit dem Groß-Hamburg-Gesetz 1937. Altona wurde Hamburg einverleibt, im schleswig-holsteinischen Raum gab es nur noch eine regionale Zentrale, die Stapostelle Kiel, der fünf Außendienststellen und drei Grenzpolizeikommissariate unterstanden. Die Außenstelle in Eutin wurde geschlossen.

Die Gestapo in Schleswig-Holstein rekrutierte sich zu 84% aus den regional zuständigen Polizeipräsidien in Kiel, Flensburg und Altona, zwei Drittel der Gestapo-Mitarbeiter im Jahr 1935 war vor der Jahrhundertwende geboren, jeder vierte älter als 45 Jahre. Acht Jahre später hatte sich das Bild radikal gewandelt: 1943 sind nur noch 30% vor 1900 geboren, etwa genausoviel (30,6%) erst nach 1910. Diese „Verjüngung“ widerspiegelt den schon von Elisabeth Kohlhaas mitgeteilten Tatbestand, daß auch in Schleswig-Holstein schon 1940 viele Beamte ins Generalgouvernement und ab 1941 generell verstärkt „in den Osten“ abkommandiert und durch jüngere, unerfahrene Kräfte ersetzt werden mußten. Unerfahrenheit, mangelnde polizeiliche Qualifikation, wohl auch stärkere Indoktrination mit NS-Ideologie als bei den Älteren sowie die Prägung durch die Brutalität der Massensterben im Osten bei zurückversetzten Beamten führen zu einer, wie es Mallmann und Paul genannt haben, „kumulativen Radikalisierung“ in der letzten Kriegsphase.

Diese letzte Kriegsphase war ein Schwerpunkt in dem Referat von Hans-Dieter Schmid (Hannover), der sich mit der „Staatspolizeistelle Leipzig“ beschäftigte.

Die Entwicklung bis zum Kriege war wenig spektakulär. Bis 1937 bildete die Politische Polizei in Leipzig die Abteilung IV des Polizeipräsidiums und wurde erst dann offiziell in eine Stapostelle umgewandelt. Obwohl auch Leipzig ein Zentrum der Arbeiterbewegung war, wurde die Stapo Leipzig nicht überdurchschnittlich stark besetzt. Ihre Beamten wurden bis auf wenige Ausnahmen aus der Schutzpolizei rekrutiert. Ähnlich wie in Hamburg richtete sich das Augenmerk der Gestapo bei der Verfolgung des politischen Widerstandes hauptsächlich auf die Kommunisten, bei deren Vernehmungen auch ausgiebig geprügelt wurde. Bemerkenswerterweise verzichteten die Gestapo-Beamten in vielen Fällen darauf, „verschärfte Vernehmung“ zu beantragen und damit ihre Quälerien zu „legalisieren“. Dies galt offenbar als unprofessionell und als Eingeständnis, bei den Ermittlungen gescheitert zu sein.

Im Kriege ergaben sich zwei neue „Aufgabenfelder“ für die Gestapo: die Deportation der Leipziger Juden und die Selektion in den Kriegsgefangenenlagern, wo neben Juden auch kommunistische Funktionsträger unter den sowjetischen Kriegsgefangenen ermittelt und zwecks Ermordung in das KL Buchenwald überstellt werden sollten. In den letzten Kriegstagen ereignete sich auch in Leipzig das, was Bernd-A. Rusinek die „letzten blutigen Minuten der Stunde Null“ nannte. Stunde Null insofern, als das „Dritte Reich“ am Ende, die Stadt aber noch nicht besetzt war. Am 12. April 1945, eine Woche vor dem Einmarsch der US-Amerikaner in Leipzig, wurden nach einer vorbereiteten Liste 52 Gestapo-Gefangene durch Genickschuß ermordet. Am 17. April, als die US-Armee schon den Westen Leipzigs erreicht hatte, ermordeten auf Initiative der Gestapo 7 SS-Männer und einige Volkssturmmänner ca. 100 Insassen eines KL-Außenlagers von Buchenwald bei den Erla-Werken in Abnauendorf im Nordosten Leipzigs.

Hans-Dieter Schmid suchte abschließend einige Gründe für die selbst innerhalb der nationalsozialistischen Verbrechenslogik

sinnlosen Massaker zu finden. Begünstigt wurden sie durch den in Teilprozesse aufgespaltenen Befehlsgang, der den Beamten erlaubte, nur ihre unmittelbare Verantwortlichkeit als rechtlich und moralisch zu legitimieren, ohne die Konsequenz bedenken zu müssen. Der bis zum letzten praktizierte bürokratische Formalismus - so wurden den Todeskandidaten noch ordnungsgemäß Entlassungsscheine ausgestellt - vollzog sich jedoch in einem gesellschaftlichen Umfeld, das sich durch Auflösung intersubjektiv gültiger Normen auszeichnete. Die Kriegserfahrung wurde zum ersten Mal seit den napoleonischen Kriegen ins Reich selbst hineingetragen und die Angst vor Rache und die Brutalisierung durch den Krieg schufen einen seelischen Ausnahmezustand. Schließlich spielte auch die SS-Ideologie, die Härte an sich verlangte und „Schwäche“ mit dem Tod bedrohte, eine Rolle. Schmidt schlug hier die Verbindung zum Referat von Michael Wildt am Vortage, der es als ein Baustein nationalsozialistischer Gesinnung bezeichnet hatte, für die „Sache“ auch in auswegloser Situation zu kämpfen. So gesehen, war es nur konsequent, daß ein terroristisches System im Augenblick seines Untergangs noch einmal seine terroristischen Energien mobilisierte.

Das, was bei Hans-Dieter Schmidt zum Schluß angesprochen wurde, versuchte Bernd-A. Rusinek (Düsseldorf) in seinem Vortrag über „Die Radikalisierung der Gestapo in der Kriegsendphase“ zu systematisieren. Er nannte 5 Kriterien, deren Vorliegen oder Nicht-Vorliegen maßgeblich die Neigung einer Stapo-Stelle zu Exzeß-Taten in der Endphase des Krieges beeinflussten:

1. Lag die Stapo-Stelle in einer Hochburg der Arbeiterbewegung?
2. Lag die Stapo-Stelle in einem wichtigen Industriegebiet?
3. Lag die Stapo-Stelle an der Grenze des Reiches?
4. Gab es eine Schlägerkerntruppe?
5. Hatte die Gestapo noch genügend Zeit dafür?



Opfergruppen dieser Exzeßstaten waren, in der Rangfolge der Häufigkeit:

1. Polnische Zwangsarbeiter und „Ostarbeiter“, d.h. Zwangsarbeiter aus den sog. „altsowjetischen Gebieten“ (ehem. UdSSR ohne Baltikum und dem annektierten Ostpolen);
2. KZ-Insassen;
3. deutsche Staatsbürger, die der „Bandenbildung“ beschuldigt wurden;
4. deutsche Staatsbürger, die die weiße Fahne gehißt hatten;
5. deutsche Staatsbürger, die aus dem „Volkssturm“ desertiert waren.

Zu den Tätergruppen gehörten:

1. Gestapoangehörige;
2. Angehörige der Kriminalpolizei;
3. „Durchhaltenazis“;
4. Privatleute.

Die hier aufgeführten Merkmale wurden in der Analyse der Situation in Köln ab Mitte 1944 gewonnen. Es ist unschwer zu erkennen, daß viele der Kriterien auch auf Leipzig zuträfen. Ein ganz anderes Bild vermittelte Volker Eichler, der über „Ende und Auflösung der Gestapo am Beispiel der Gestapo-Stelle Frankfurt a. M.“ referierte. Es gab zwar auch in Hessen Erschießungen kurz vor dem Eintreffen der alliierten Truppen, so in Bensheim, Breitenau und Kassel-Wilhelmshöhe, für die Gestapo-Stelle selbst gilt jedoch, daß ihre Beamten, nachdem sie die Akten vernichtet hatten, „das Weite such-

ten“. Der vom Referenten kenntnis- und detailliert nachgezeichnete Auflösungsprozeß vermittelte den Eindruck einer sich im organisatorischen Chaos verflüchtigen Behörde.

Eine „Grenzüberschreitung“ war schließlich das Referat von Franz Weisz (Wien) über „Die Gestapo-Stelle Wien“. Grenzüberschreitung insofern, als das Augenmerk nun auf Länder gerichtet wurde, die Opfer des Hitterschen Expansionsstrebens geworden sind. Allerdings fällt es doch schwer, Österreich als Opfer zu sehen und der Referent arbeitete eindrucksvoll heraus, wie autochthon die österreichische Gestapo war: Zwar sei der Anteil der Österreicher bei der Wiener Dienststelle von 94,89% in den Jahren 1938 bis 1942 auf 83,82% zwischen 1942 und 1944 und dann nochmals auf 80,6% in den letzten beiden Jahren des „Dritten Reiches“ gefallen, dafür sei aber der Anteil der Österreicher bei den Führungskräften kontinuierlich angestiegen: von 68,32% auf 82,24%. Von der Gestapo-Stelle Wien seien 41 Personen, davon nur drei aus dem „Altreich“, von Heinrich Himmler für „besondere Verdienste“ ausgezeichnet worden. Dies sei „die höchste Auszeichnungsquote in einer einzelnen Sicherheitspolizeidienststelle im gesamten deutschen Machtbereich“ gewesen. Die österreichische Gestapo kann daher mit Fug und Recht im Rahmen der Reichsgeschichte behandelt werden. Auf das außerordentlich wichtige Thema der Rolle und Funktion der Gestapo in den besetzten Gebieten und ihrer Betelli-

gung am rassistischen Vernichtungsprozeß wurde im Verlauf der Tagung immer wieder hingewiesen. Es wird Gegenstand einer eigenen Tagung in den nächsten zwei Jahren sein.

Wenn man den Ertrag der Tagung abschließend bewerten will, dann fällt einem das Paradoxon ein, daß, nach einer Bemerkung von Hans Mommsen, das „Dritte Reich“ zu den am besten erforschten Bereichen der deutschen Geschichte zählt, diese Aussage jedoch in keiner Weise für die Gestapo zutrifft. Bei der von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann initiierten Diskussion über die Rolle der Gestapo in der deutschen Gesellschaft kann man noch nicht einmal von einem Paradigmenwechsel in der Gestapoforschung reden, weil es eine solche Forschung vorher gar nicht gegeben hat. Die wenigen Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Die Geheime Staatspolizei wurde behandelt wie eine black box, deren innere Struktur nicht interessiert. Insofern konnten und wollten die Referenten nicht mit fertigen Resultaten aufwarten, allenfalls mit Hypothesen, die sich durch das erstmalige Pflügen eines lange Zeit vernachlässigten Feldes ergaben. Die quellenmäßigen Probleme sind enorm, kein Referent vergaß, darauf hinzuweisen. Trotzdem darf man nach diesem Anfang auf die weiteren Ergebnisse gespannt sein.

(Frank Dingel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors)

Quellengetreue Aufnahme, Verifikationsprobleme und Interpretationsbedarf

- Eine erste Bilanz des Datenerfassungsprojektes der KZ-Gedenkstätte Neuengamme -

von Detlef Garbe

Die Planungen für eine computergestützte Erfassung der Häftlingsdaten reichen in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die seit der

Errichtung eines Dokumentenhauses im Jahre 1981 Unterlagen über das KZ Neuengamme und die ca. 106.000 Häftlinge



des Stammlagers und der 80 Außenlager sammelt, nahezu fünf Jahre zurück. Die zunehmende Bedeutung von Forschungsvorhaben, die seit 1990 stark ansteigende Zahl von Bitten ehemaliger Häftlinge, insbesondere aus Polen und den Staaten der früheren Sowjetunion, um Bestätigung ihrer Haftzeit, aber auch zahlreiche Anfragen aus westeuropäischen Ländern, z. B. den Niederlanden und Dänemark, nach näheren Informationen zum Verfolgungsschicksal von ins KZ Neuengamme verschleppten Familienangehörigen unterstrichen die Notwendigkeit einer Erfassung, und Auswertung der diversen personenbezogenen Häftlingsdaten (z. B. Transportlisten, Effektenverzeichnisse, Bestandsbücher, Lagerpost) durch elektronische Datenverarbeitung. Ein 1991 erarbeitetes Konzept nannte zwei Hauptziele des Computerprojektes:

1. Effizienter Zugriff auf Individualdaten der Häftlinge des KZ Neuengamme;
2. Statistische Auswertung der Daten zu Forschungszwecken.

Da vom KZ Neuengamme weder die Schutzhaftakten der Politischen Abteilung noch die Häftlingskartothek, die Arbeitsstatistik oder die täglichen Zu- und Abganglisten erhalten sind - die SS ließ vor der Räumung des Lagers den Großteil der Akten vernichten, andere Teile der Kommandanturakten wurden beim Untergang der „Cap Arcona“ vernichtet - erfüllte die Datenerfassung zunächst einmal den Zweck, zu einem alphabetisch sowie nach anderen Kriterien sortierten Namensverzeichnis zu kommen. Das Konzept stellte dazu fest, daß ohne ein solches Verzeichnis bzw. eine derartige Datenbank Anfragen nach dem Schicksal bestimmter Häftlinge des KZ Neuengamme nur in sehr eingeschränktem Maße beantwortet werden könnten:

„Zum einen ist eine ausgesprochen arbeitsintensive, stunden- und tagelange Durchsicht diverser Listen nach den betreffenden Namen notwendig, zum anderen bleiben mögliche Fundstellen ungenutzt, da keine Verknüpfungen möglich sind und

damit nicht alle Suchkriterien (Geburtsdatum, Häftlingsnummer, Einlieferungsdatum, Herkunft, Überstellungen etc.) genutzt werden können.“

Neben der Aufklärung über das Schicksal einzelner Häftlinge ist mit dem Datenerfassungsprojekt aber auch die Erwartung verbunden, hinsichtlich der Geschichte des KZ Neuengamme zu neuen Forschungsergebnissen zu gelangen, die anschließend in Dokumentation, Ausstellung und der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Eingang finden.

Obgleich in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Publikationen zur Geschichte des KZ Neuengamme und der Außenlager erschienen sind, Magisterarbeiten und Dissertationen erstellt wurden (zu nennen ist hier vor allem die Untersuchung von Hermann Kaienburg über das Stammlager Neuengamme und die Wirtschaftsbestrebungen der SS) und umfassende Forschungsstudien, beispielsweise von den Universitäten Hannover (Projektleitung: Prof. Herbert Obenaus) und Bochum (Projektleitung: Prof. Hans Mommsen), durchgeführt wurden, liegt bis heute keine sich empirischer Methoden bedienende Auswertung der überlieferten Statistiken und der aus Individualakten zu erhebenden Personaldaten der Häftlinge des KZ Neuengamme vor. Ursache für dieses Forschungsdefizit ist nicht mangelndes Interesse oder der äußerst lückenhafte Überlieferungsstand der KZ-Akten, sondern in erster Linie die für den einzelnen Forscher nicht zu bewältigende Datenmenge (schätzungsweise 200.000 Datensätze). Eine statistische Auswertung der Häftlingsbelegung würde gesicherte Aussagen unter anderem zu den Sozialdaten (Alter, Beruf, Familienstand), zu den Verfolgungsgründen, zur Gruppenzusammensetzung, zu den Nationalitäten, zu den Arbeitseinsätzen, zum Verbleib und zur Sterblichkeit ermöglichen.

Obgleich das Konzept weitreichende Perspektiven aufzeigte und auch von der Universität Hamburg unterstützt wurde, war es jedoch zunächst nicht möglich, die Finan-

zierung des Projekts sicherzustellen. Erst im Vorfeld des 50. Jahrestages der Befreiung, als in einem erneuten Projektantrag die Erstellung eines die Opfer ehrenden „Totenbuches KZ Neuengamme“ in den Vordergrund gerückt wurde, das im Rahmen einer ersten Projektphase bis zum Mai 1995 fertiggestellt werden könnte und zugleich auf die hohe symbolische Bedeutung des Gedenkbuches verwiesen wurde, gelang der Durchbruch. Am 29.4.1994 beschloß das Hamburger Landesparlament einstimmig, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme 150.000 DM für die Durchführung eines Projektes „Erfassung, und Auswertung von Häftlingsdaten durch elektronische Datenverarbeitung“ zur Verfügung zu stellen, mit dem Ziel der Erstellung eines wissenschaftlich abgesicherten Totenbuches.

Am 4. Mai 1995, im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung der KZ-Gefangenen aus den Konzentrationslagern, übergab der Hamburger Erste Bürgermeister, Dr. Henning Voscherau, der Amicale Internationale KZ Neuengamme, dem Zusammenschluß der nationalen Verbände der KZ-Überlebenden, ein vierbändiges Totenbuch mit den Namen und weiteren biographischen Daten von fast 20.000 Opfern des KZ Neuengamme. Gleichzeitig wurde ein künstlerisch gestaltetes „Haus des Gedenkens“ eröffnet, in dem auf langen, an den Wänden angebrachten Stoffbahnen die Namen der Opfer geschrieben sind. Pultvitrinen mit Original-Totennachweisen aus dem Krankenrevier (kleine, handschriftlich geführte Kladden) und ein Raum, der an die große Zahl der unbekannten Opfer erinnert, ergänzen diesen Ort der Besinnung und Meditation. Das Totenbuch wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KZ-Gedenkstätte Neuengamme komplett erstellt, angefangen von der Erhebung der Daten bis hin zur Gestaltung und zum Druck. Auch für das Gedenkhäus hatten sie den Gestaltern die notwendigen Daten zur Verfügung gestellt.

Für das Projekt wurden sechs Eingabekräfte, die sowohl über EDV- als auch über historische Kenntnisse verfügten, jeweils für



ca. ein halbes Jahr auf Werkvertragsbasis beschäftigt, außerdem wirkten der Archivar der Gedenkstätte sowie das Referat Informations- und Kommunikationssysteme der Hamburger Kulturbehörde mit. Im Sommer 1994 begannen die Eingabearbeiten sowie Recherchen, z. B. bei Friedhofsämtern und Stadtverwaltungen nach weiteren Unterlagen zum Bereich der Außenlager.

Zu den für das Datenerfassungsprojekt wichtigsten Quellen gehören die Krankenrevier-Totenbücher des KZ Neuengamme (erhalten für den Zeitraum Mai 1942 bis März 1945, Außenlager nur vereinzelt bis Dezember 1944) mit insgesamt 14.400 Eintragungen sowie 11.700 Sterbeurkunden des Sonderstandesamtes des KZ Neuengamme. Eine weitere große Quellengruppe bilden die Feuer- und Erdbestattungsregister des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf. Insgesamt wurden weit über 100 unterschiedliche Quellen berücksichtigt.

Für jede Quellengruppe (z. B. für die jeweiligen Standesämter oder die unterschiedlichen Friedhöfe) wurde ein eigenes Datenverzeichnis angelegt. Die Eingabekräfte waren angehalten worden, sich jeglicher Quelleninterpretation zu enthalten und alle Angaben, wie in der Quelle vorgefunden, zu übernehmen (einschließlich offensichtlicher Schreibfehler und variierender Abkürzungen). Auch NS-typische Länderbezeichnungen wie „Protektorat“ oder „Generalgouvernement“ oder Zwangsvornamen bei jüdischen Opfern wurden deshalb zunächst quellengetreu erfaßt. In einem aufwendigen Korrekturverfahren wurde die korrekte Übernahme geprüft. War etwas unleserlich oder nicht mit hinreichender Gewißheit entzifferbar - was bei handschriftlichen Quellen oftmals als Problem auftrat - so wurde dies beim Dateneintrag vermerkt. Die genaue Protokollierung der geleisteten Arbeiten erwies sich dabei als besonders wichtig. Bis Februar 1995 wurden ungefähr 33.000 Datensätze unterschiedlicher Provenienz mit Informationen über fast 20.000 Opfer des KZ Neuengamme mit zum Teil bis zu 20 Angaben wie Name, Vorname, Nationalität, Wohnort, Häftlingsnummer,

Geburtsdatum, Sterbedatum, Todesursache, Außenlager und Friedhof mit Grablage eingegeben. Die Aufnahme erfolgte mit Hilfe des Datenbankprogramms HIDA MIDAS.

In Vorbereitung der Veröffentlichungen, aber auch im Hinblick auf eine Auswertung zu Forschungszwecken, mußten die Daten kritisch bearbeitet werden. Zu diesem Zwecke wurden die unterschiedlichen Quellengruppen, die - wie bereits erwähnt - in jeweils eigenen Datenverzeichnissen separat erfaßt worden waren, zu einer Gesamtdatenbank zusammengefügt.

Der anschließende Datenabgleich erwies sich als sehr aufwendig. Aufgrund unterschiedlicher und falscher Schreibweisen von Namen und sich zum Teil widersprechender Informationen waren zusammengehörige Datensätze, die eine Person betrafen, keineswegs einfach zu erkennen. Drei unterschiedliche Schreibweisen des Namens eines Opfers waren keine Seltenheit, und erst beim manuellen Abgleich der ausgedruckten Daten, nach Namen, dann nach Geburtsdaten und schließlich nach Häftlingsnummer sortiert, wurde erkannt, welche Informationen aus unterschiedlichen Datensätzen zusammengehören.

Offensichtliche Schreibfehler, die aus den Quellen übernommen wurden, falsche Schreibweisen der Namen ausländischer Opfer und unzutreffende Angaben zur Nationalität wurden korrigiert. Da die Namen in der Lagerregistratur, die nach Angaben ehemaliger Häftlingsschreiber, bei der Ankunft zumeist nur nach ihrem phonetischen Klang aufgenommen wurden, oftmals eingedeutscht wurden - was z. B. bei polnischen, tschechischen und französischen Vornamen beinahe regelmäßig der Fall war („Francois“ wurde so zu „Franz“) - mußte geprüft werden, ob solche Veränderungen vorgenommen worden waren. Bei griechischen und russischen Namen war zudem zu berücksichtigen, daß abweichende Schreibweisen in der Transliteration aus dem Kyrillischen ihre Ursache haben konnten.

Bei nicht verifizierbaren Divergenzen wurden die unterschiedlichen Quellen gemäß des ihnen insgesamt beigemessenen Quellenwertes gegeneinander abgewogen, wobei etwa nach dem Krieg von Rot-Kreuz-Organisationen, staatlichen oder verbändlichen Rückkehrstellen erstellten Listen ein geringerer Grad an Authentizität beigemessen wurde. Selbstverständlich wurden bei der Bearbeitung auch die Zwangsvornamen gestrichen, so daß auf keinen Fall diese Namen in den Veröffentlichungen und bei der Erteilung von Auskünften verwendet werden. Aus prinzipiellen Erwägungen wurden in dem der Öffentlichkeit zugänglichen Totenbuch auch keine Informationen über Verfolgungsgründe und Todesursachen angegeben. Die entwürdigenden und diffamierenden Kategorisierungen der SS und die von ihren Ärzten festgestellten vermeintlichen Todesursachen sollten hier keinen Platz finden. Insgesamt wurde ein Drittel der dem Projekt zur Erstellung des Totenbuches zur Verfügung stehenden Zeit dafür verwandt, Daten abzugleichen und Korrekturarbeiten durchzuführen. Für diese Arbeiten wurden auch andere Datenbank- und Textverarbeitungsprogramme benutzt. Aus der für Suchanfragen zur Verfügung stehenden Gesamtdatenbank kann auf die jeweils zugrundeliegenden Quellen zurückgegriffen werden, so daß die im Zuge der Quelleninterpretation vorgenommenen Korrekturen nachvollziehbar bleiben.

Leider war es oft nicht möglich, die vorgefundenen eingedeutschten Schreibweisen von Namen und Wohnorten zu verifizieren. So können falsche Angaben zu den Personen Eingang in das Gedenkbuch gefunden haben. Aus diesem Grunde wird ausdrücklich um ergänzende und berichtigende Hinweise gebeten. Die Herausgabe einer überarbeiteten und erweiterten Fassung des Gedenk- und Totenbuches ist für 1996 geplant. Diese Fassung soll in einer Auflage hergestellt werden, die es ermöglicht, sie neben den in der Amicale Internationale KZ Neuengamme zusammengeschlossenen Verfolgtenverbänden auch anderen Gedenkstätten und Archiven zur Verfügung zu stellen.



Große Unterstützung erhielt die KZ-Gedenkstätte Neuengamme von den Standesämtern und ihren Aufsichtsbehörden. So wurden aber 11.000 Eintragungen des damaligen Sonderstandesamtes des KZ Neuengamme in einem der Gedenkstätte für mehrere Monate zur Verfügung gestellt und mit einem PC ausgestatteten Arbeitsraum im heutigen Standesamt Bergedorf errichtet.

Es gibt allerdings auch sehr Betrübliches zu berichten. So konnten leider bislang Angaben zu 6.000 Opfern des KZ Neuengamme, deren Tod beim Sonderstandesamt in Arolsen beurkundet worden ist, nicht eingesehen werden, weil die zuständige Aufsichtsbehörde, das Regierungspräsidium in Kassel, daten- und personenschutzrechtliche Bedenken geltend macht. Eine endgültige Entscheidung des nicht zuletzt durch eine Intervention des Internationalen Suchdienstes Arolsen zu dieser Stellungnahme gelangten Regierungspräsidiums steht aber noch aus. Zur Zeit wird der Vorgang wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung vom Bundesinnenministerium und den Länderinnenministerien geprüft.

Der hamburgische Datenschutzbeauftragte hat in einer umfassenden Stellungnahme eindeutig bejaht, daß die KZ-Gedenkstätte Neuengamme als Teil der Hamburger Kulturbehörde nach § 61, Absatz 1 des Personenstandsgesetzes Anspruch auf Einsicht in die Daten der standesamtlichen Sterbebücher hat. Auch gegen eine Veröffentlichung einzelner, aus personenstandsrechtlichen Unterlagen ermittelter Angaben in einem Gedenk- und Totenbuch sprechen nach Auffassung des Datenschutzbeauftragten keine datenschutzrechtlichen Gründe:

„Der Schutzzweck von § 61 PStG ist dann zu berücksichtigen, wenn die weitere Verwendung der Daten zu einer Umgehung der personenstandsrechtlichen Vorschriften führen würde. Dies kann dann in Betracht kommen, wenn unberechtigte Interessenten sich aus anderen Quellen, die auf personenstandsrechtlichen Angaben beruhen,

rechtlich relevante Informationen verschaffen könnten, die ihnen aus den Personenstandsbüchern unmittelbar nicht erteilt werden dürften.

Derartige Umgehungen der Vorschriften des Personenstandsrechts lassen sich jedoch bei den geplanten Veröffentlichungen ausschließen. Die maximale Information, die ein nach § 61 PStG nicht Berechtigter erhalten würde, wäre, daß eine bestimmte Person zu einem bestimmten Zeitpunkt im KZ Neuengamme verstorben ist. Rechtlich relevante Angaben z. B. über Vorfahren, Nachkommen oder sonstige Familienverhältnisse wären hieraus nicht zu gewinnen. Insofern läßt sich die Situation vergleichen mit den Angaben auf den Grabsteinen eines Friedhofs.“ (Stellungnahme des hamburgischen Datenschutzbeauftragten vom 22.8.1994.)

Wenn tatsächlich aber der Gedenkstätte auch weiterhin die Einsicht in Unterlagen des Sonderstandesamtes Arolsen verweigert bleibt und damit die Aufnahme von Angaben der dort registrierten Opfer des KZ Neuengamme unterbleiben muß, so wird man dieses wohl als Skandal bezeichnen müssen.

Da alle Sondermittel des EDV-Projektes verbraucht wurden und die KZ-Gedenkstätte über keine finanziellen Reserven verfügt, kann das Projekt „Erfassung und Auswertung von Häftlingsdaten durch elektronische Datenverarbeitung“ voraussichtlich erst im Frühjahr 1996 fortgesetzt werden: Neben der Erfassung von weiteren Häftlingsdaten soll nunmehr mit der bislang noch ausstehenden wissenschaftlichen Auswertung der Daten begonnen werden, die nicht ausschließlich die Todesopfer betreffen (wie z. B. Transportlisten).

Mittel- und langfristig, werden zwei weitere Ziele angestrebt, für die es in besonderer Weise der Zusammenarbeit der Gedenkstätten bzw. einer verstärkten Kooperation bei den Computerprojekten bedarf. Zur weiteren Verifizierung und Vervollständigung ist eine Verknüpfung der in der KZ-

Gedenkstätte Neuengamme zusammengetragenen Angaben mit andernorts erhobenen Daten geplant. In diesem Zusammenhang wird zu überlegen sein, ob und inwieweit die Gedenkstätten ihre jeweiligen Bestände auf dem Wege der Datenfernübertragung (Online-Abfragen über Internet o.ä.) untereinander zugänglich machen können, wobei nicht nur die Lösung technischer Fragen, sondern auch die Gewährleistung des Datenschutzes zu bedenken ist. Zum zweiten sollen besucherbezogene Nutzungsmöglichkeiten entwickelt werden, damit die Computerprojekte zu einer größeren Zugänglichkeit der Archive beitragen. Zu den Angeboten der im Mai 1995 eröffneten neuen Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zählen Computer, auf denen Besucher auf Übersichtskarten Informationen zu den Außenlagern erfragen und dazu eine große Zahl von Dokumenten und Fotos sowie vereinzelt auch Filmausschnitte anwählen können. Nunmehr gibt es Überlegungen, eine einfache Benutzeroberfläche zu entwickeln, die es Besuchern ermöglicht, auch direkt einzelne Informationen aus dem Datenerfassungsprojekt abzurufen.

Oberstes Ziel der in der Gedenkstätte durchgeführten Computerprojekte bleibt die Dokumentation der in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern verübten Massenverbrechen. Wie die Erfahrungen mit Ausstellungen und anderen Vermittlungsformen zeigen, bleiben Zahlen - erst recht, wenn sie vier-, fünf- und sechstellig sind - aufgrund der Grenzen sinnlicher Erfassbarkeit anonym. Computerprojekte können veranschaulichen, daß sich hinter jedem einzelnen Namen ein individuelles, unverwechselbares Schicksal verbirgt. Deshalb sind sie nicht nur für die historische Forschung und die ausstellungsdidaktische Vermittlung vonnöten, sondern auch ein Zeichen der Achtung vor den Opfern des nazistischen Terrors.

(Dr. Dettel Garbe ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.)



Immer wieder Steglitz - und die Erinnerung

von Christiane Hoss

Vor zwei Jahren machte die Bezirksvertreterversammlung des Stadtbezirks Berlin-Steglitz von sich reden, als sie die „Spiegelwand“, ein Mahnmal für die aus Steglitz deportierten und ermordeten Juden, ablehnte. Steglitz, im schönen Südwesten von Berlin gelegen, eine gutbürgerliche Wohngegend, wählt selbstverständlich mehrheitlich CDU, in der vorigen Bezirksvertretung gab es auch die rechtsextremen „Republikaner“. So fand sich eine Mehrheit für die Ablehnung des Gedenkzeichens auf dem Hermann-Ehlers-Platz, einer spiegelnden Metallwand, in die Namen und die Steglitzer Adressen der Ermordeten und einige Fotos aus dem Leben vor der Verfolgung eingebrannt sind. Die Wand sei zu groß, sie störe, wurde argumentiert und darüber gestritten, wie viele Meter denn als Erinnerung an den Massenmord angemessen seien. Schließlich zog, von dem Niveau der Diskussion entnervt, der damalige Bausenator Nagel die Sache an sich und das Mahnmal konnte im Gedenkjahr 1995 aufgestellt werden.

Im gleichen Jahr 1994, am 17. März, empfahl die vom Senator für Verkehr und Betriebe berufene „Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen“ die Rückbenennung von vier Straßen und die Neubenennung von sieben Straßen: „Die Kommission hat sich [...] auf Vorschläge zur Benennung von Straßen und Plätzen in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt Berlin beschränkt. Einige Mitglieder plädieren jedoch nachdrücklich dafür, die in der Präambel dargelegten Grundsätze in allen Bezirken, auch im Westen Berlins, bei der Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen zugrunde zu legen.“ In der Präambel hieß es u.a.: „Die Kommission ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß die zweite deutsche Demokratie keinen Anlaß

hat, Politikerinnen und Politiker zu ehren, die aktiv an der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie mitgewirkt haben.“

Der Verein Aktives Museum forderte in seiner Stellungnahme zu den Umbenennungsvorschlägen „[...] die Mittel für Straßenumbenennungen dafür zu verwenden, an den bestehenden Straßenschildern Zusatztafeln anzubringen, die erläutern, wann und warum diese Straßen ihren Namen erhalten haben und gegebenenfalls wann und nach wem sie umbenannt sind. [...] Solche Zusatztafeln würden die Stadtlandschaft in ein offenes Geschichtsbuch verwandeln, in dem die Vergangenheit in ihren jeweiligen Umwertungen ablesbar wäre.“

Um die Diskussion über Straßennamen auch im Westteil von Berlin zu beleben, brachten die Vorsitzende und die Geschäftsführerin des Aktiven Museums in 5 Minuten mit Hilfe von 20 cm Metallband, zwei Schellen und 2 Schrauben ein Schild am Steglitzer Hindenburgdamm an. So heißt seit 1914 ein Straßenzug, der vorher so harmlose Namen wie Chausseestraße und Lichterfelder Chaussee gehabt hatte. Der Text des Straßennamen-Ergänzungsschildes war:

Paul von Hindenburg und Beneckendorff, 2.10.1847 - 2.8.1934, Generalfeldmarschall und Reichspräsident. Siegte 1914 bei Tannenberg über nach Ostpreußen eingedrungene russische Armeen und wurde Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Er verantwortete die Entmachtung des Parlaments durch Notverordnungen. 1933 ernannte er Adolf Hitler zum Reichskanzler und setzte nach dem Reichstagsbrand die Grundrechte der Verfassung außer Kraft. Mit dem Hindenburgdamm wird die Erinnerung an einen Zerstörer der ersten deutschen Demokratie im Berliner

Stadtbild bewahrt. 27. April 1994, Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.

Ohne das Aktive Museum zur Beseitigung des Schildes aufzufordern, nahm das Tiefbauamt des Bezirks Steglitz es bereits am nächsten Tag ab. Begründung: Unerlaubter Eingriff in den öffentlichen Straßenraum. Die Aufwendungen für 1 Stunde Baufacharbeiter, DM 18,67, 1 Stunde Baufachwerker, DM 16,72, 1 Stunde LKW, DM 52,18, nebst 77% Gemeinkosten, insgesamt DM 114,82 wurden dem Aktiven Museum in Rechnung gestellt. In dem Bescheid des Steglitzer Tiefbauamts über diese Kosten wurde die Entfernung des Schildes als „Aktion gegen Straßenumbenennungen“ bezeichnet. Da das Aktive Museum den Hindenburgdamm nicht umbenannt, sondern nur über den Namenspatron informiert hatte, hielt es die Rechnung für ungerechtfertigt. Der Widerspruch gegen diesen Bescheid führte zu einer Klage beim Verwaltungsgericht, die noch nicht entschieden ist. Die Klage beruft sich darauf, daß die Benennung nach Paul von Hindenburg gegen die Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes vom 16.8.1991 verstößt. Danach müssen Straßen umbenannt werden, die nach aktiven Gegnern der Demokratie und geistig-politischen Wegbereitern und Verfechtern der nationalsozialistischen Ideologie und Gewaltherrschaft benannt sind. Das Aktive Museum hat mit seinem Schild auf das Untätigbleiben der Behörden in dieser Angelegenheit hingewiesen.

Daß Reichspräsident Hindenburg ein Wegbereiter der nationalsozialistischen Diktatur war und so nach den Berliner Vorschriften keine Straße nach ihm benannt sein darf, hat sich bis Steglitz noch nicht herumgesprochen. Vielleicht weiß man dort noch nichts vom Reichspräsidenten und vom „Tag von Potsdam“. Vielleicht ist man 1914



stehengeblieben und denkt bei Hindenburg nur an den Sieger von Tannenberg.

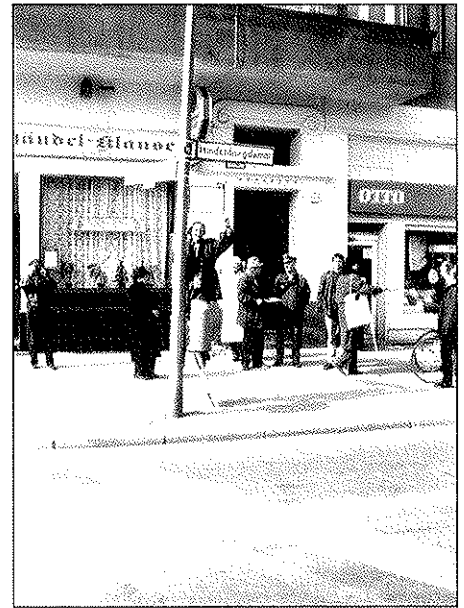
Wie vor zwei Jahren wurden die Steglitzer auch am 21. März 1996 durch die Anbringung eines Schildes am Hindenburgdamm an Hindenburgs Taten aus der Zeit nach 1914 erinnert. Das Aktive Museum wollte aber nicht noch einmal dem Bezirk Steglitz zumuten, ein Schild aus Spanplatte und Folie, 30 x 40 x 1,2 cm groß, von einem Baufacharbeiter und einem Baufachwerker abmontieren und mit einem Lastwagen zum Tiefbauamt fahren zu müssen. Es wurde von Mitgliedern des Vereins nach dem Ende der Aktion wieder entfernt und dem Bezirk Steglitz geschenkt.

Auch die Bezirksverordneten werden nun über die Aktionen ihres Tiefbauamts diskutieren und über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, der die Zurücknahme des Kostenbescheids von 1994 und die Aufklärung der Bevölkerung



Anbringung der Tafel am Hindenburgdamm durch die Kreisvorsitzende Dr. Christine Fischer-Defoy.
Fotos: Georg Armbrüster / Archiv Aktives Museum e.V..

fordert. Es ist unwahrscheinlich, daß er angenommen wird. Die Mehrheitsverhältnisse in Steglitz sind nicht so.



(Christiane Hoss ist Geschäftsführerin des Aktiven Museums e.V..)

Ein kleiner Anfang ist gemacht: Gedenkstättenförderung im Land Baden- Württemberg nun amtlich

von Silvester Lechner

„Dieses Treffen hat eine neue Qualität. Unsere Arbeit ist verbindlicher geworden und - bei aller Skepsis - ein klein wenig etablierter.“ Mit diesen Worten eröffnete der Sprecherrat der „Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg“ (LAG Gedenkstätten) die fünfte LAG-Tagung.

Sie fand am Wochenende 20./21. April 1996 in der Evangelischen Akademie Bad

Boll mit fast 40 Teilnehmern aus 20 Initiativen statt. Zehn Initiativen hatten sich entschuldigen lassen.

Worauf der Sprecherrat anspielte, war folgender Umstand: Nach vier vorausgegangenen Landestagungen und nach Monaten heftigsten Bemühens hatten sich schließlich noch im Dezember 1995 die Fraktionsvorsitzenden der damaligen großen Koalition im Landtag darauf geeinigt, für Gedenkstättenförderung im Jahr 1996 150.000,- DM aus dem Haushalt bereitzustellen und überdies die Förderung zu

einem festen Haushaltstitel zu machen. Angesichts der Haushaltslage des Landes war diese Entscheidung einerseits eine Überraschung, andererseits war sie im Hinblick auf die vielen wohlmeinenden (Fenster-) Reden zur „Notwendigkeit des Gedenkens“ im Mai 1995 nun doch eine moralische Verpflichtung.

„Es war allerhöchste Zeit“, „für vieles ist es zu spät“, „die Summe ist zum sterben zu viel und zum leben zu wenig“, waren einige Meinungsäußerungen am Rande der Tagung.



Referat Gedenkstättenarbeit bei der LpB, Förderschwerpunkte

Konrad Pflug, Leiter des bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg neu eingerichteten Referates „Gedenkstättenarbeit“, über das die Landesmittel künftig verwaltet werden, stellte zunächst die neue Sachbearbeiterin des Referates, Frau Renate Baur, vor.

Die Adresse:

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Referat Gedenkstättenarbeit
Sophienstraße 28-30
70178 Stuttgart
Tel.: 0711-2371-501
Fax: 0711-2371-498

Anschließend erläuterte er die Aufteilung der Mittel (80.000,- DM für Projekte der Initiativen, 30.000,- DM für eine halbe Personalstelle, 40.000,- DM Sachaufwand für Tagungen, Publikationen u.a.) sowie die „Grundsätze für die Förderung der Gedenkstättenarbeit“. Als Förderschwerpunkte für die Jahre 1996 und 1997 legte die Versammlung fest:

1. Sicherung und Bewahrung von Zeitzeugenerinnerungen, Dokumenten, Quellen und Örtlichkeiten;
2. Innovative Projekte;

3. Erarbeitung von Grundlagen, besonders im pädagogischen Bereich.

Förderanträge für 1996 und 1997

14 Tage nach der Bad Boll Tagung verschickte die Landeszentrale die Förderanträge für 1996 und 1997. Sie sind bis zum 1. Juni bzw. 1. Oktober 1996 einzureichen. Die Entscheidung über die Vergabe der Fördermittel 1996 soll noch im Juli fallen.

Im die Landeszentrale beratenden „Vergabe-Beirat“ sitzen je drei Vertreter der Landeszentrale sowie des von allen Initiativen gewählten siebenköpfigen Sprecherrates. Für die Initiativen sind das: Ulrike Scheurich, Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen (Stellvertreter: Silvester Lechner, Dok-Zentrum Oberer Kuhberg, Ulm), Jost Großpietsch, Ehemalige Synagoge Sulzburg (Stellvertreter: Ludwig Bez, PKC Freudental) und Thomas Stöckle, Gedenkstätte Grafeneck (Stellvertreter: Stefan Müller, KZ-Gedenkstätte Neckarlager).

Wie den 27. Januar mit Inhalt füllen?

Unter den vielen Projekten, die die LAG Gedenkstätten in Bad Boll diskutierte und schließlich zur Bearbeitung an den Sprecherrat weitergab, standen zwei im Mittelpunkt:

Einmal die Frage, wie der neue nationale Gedenktag „27. Januar“ so zu gestalten sei, daß er nicht nur Gerede für eine Minderheit bringt. U.a. gab es den Vorschlag, jeweils zum 27. Januar ein Jahresthema landesweit zu beginnen und in den Monaten danach in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit sowie in allen Medien und in der Forschung vertiefend lokal wie regional zu bearbeiten. Vielleicht könnte das 1997 das Thema „Sinti und Roma“ sein.

Ein zweites Zukunftsprojekt ist die Erarbeitung eines speziellen baden-württembergischen Gedenkstättenführers. Er solle einerseits Impulse zur Freizeitgestaltung der „Normalbürger“ geben und andererseits ein Stück wohlverstandener „Selbstdarstellung“ der Arbeit der Initiativen im Lande sein. Ursula Krause-Schmitt vom Frankfurter „Studienkreis Deutscher Widerstand“ stellte in diesem Zusammenhang die gegenwärtig laufenden Arbeiten zu ihrem auf Baden-Württemberg bezogenen „Heimatgeschichtlichen Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945“ (Baden-Württemberg II) vor und rief zu enger Kooperation auf. Die wurde ihr von allen Anwesenden zugesagt.

(Dr. Silvester Lechner ist Leiter des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg KZ-Gedenkstätte in Ulm und Mitglied des LAG Sprecherrates.)

Forschungsübersicht

- Fortsetzung des Überblicks -

Name: Volker Issmer
Straße: Niedersachsenhof 52
PLZ, Ort: 49078 Osnabrück
Tel./Fax: 0541-443506 / kein

Arbeitstitel: Das "Arbeitserziehungslager Ohrbeck" bei Osnabrück, Januar 1944 - Anfang April 1945.

Institution: Privates Vorhaben, aber gefördert durch Stadt- und Landschaftsverband Osnabrück

Ergebnis: Bisher Aufsatz in "Osnabrücker Mitteilungen", 1995, Bd. 100 des Historikervereins Osnabrück unter dem Titel: Gestapo-Haft und Zwangsarbeit für Klöckner. Das "Arbeitserziehungslager Ohrbeck" zwischen Osnabrück und Georgsmarienhütte. Ein Forschungsbericht.

Veröffentlichung: In Buchform geplant für Sommer 1998, Osnabrück.



Literaturhinweise

Ulrich, Axel/Knigge-Tesche, Renate (Bearb.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Eine Auswahlbibliographie. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1994, 56 S.

Ayaß, Wolfgang/Krause-Vilmar, Dietfrid: Mit Argumenten gegen die Holocaust-Leugnung. Die Leugnung der nationalsozialistischen Massenmorde als Herausforderung für Wissenschaft und politische Bildung. (Polis; 19) Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1996, 30 S. (Beide Broschüren können kostenlos bezogen werden über die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Rheinbahnstraße 2, 65185 Wiesbaden.)

Hoffmann, Ute: Todesursache: „Angina“. Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Landes- und Pflegeanstalt Bernburg. Pressestelle Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1996, 114 S.

Kucera, Wolfgang: Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der Augsburger Rüstungsindustrie. AV-Verlag, Augsburg: 1996, 123 S.

Klönne, Arno: Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt: 1996, 88 S. (Das Heft kann bezogen werden über die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Bergstraße 4, 99092 Erfurt.)

Klueting, Edeltraut (Hrsg.): Denkmalpflege und Architektur in Westfalen 1933-1945. Mit Beiträgen von Eberhard Grunsky... Westfälischer Heimatbund, Münster: 1995, 143 S.

Wörmann, Heinrich-Wilhelm: Widerstand in Köpenick und Treptow. (Reihe Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945; Bd. 9). Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin: 1996, 288 S. (Das Buch kann kostenlos

bezogen werden über die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13/14, 10785 Berlin.)

Morsch, Günther/Reckendrees, Alfred (Hrsg.): Befreiung Sachsenhausen. (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; Bd. 7) Edition Hentrich, Berlin: 1996, 150 S.

Erinnerung und Begegnung. Gedenken im Land Brandenburg zum 50. Jahrestag der Befreiung. Herausgegeben vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam: 1996, 205 S.

Fechner, Eberhard: Proces. Obóz na Majdanku w swietle wypowiedzi uczestników rozprawy przed Sadem Krajowym w Düsseldorfie. Pánstwowe Muzeum na Majdanku, Lublin: 1996, 163 S. + Bildanhang. (Originaltitel: Der Prozess. Eine Darstellung des sogenannten „Majdanek-Verfahrens“ gegen Angehörige des Konzentrationslagers Lublin/Majdanek in Düsseldorf von 1975 bis 1981)

Erinnern statt Vergessen. Rundgang durch die KZ-Grab- und Gedenkstätte Flossenbürg. (MPZ-Themenhefte zur Zeitgeschichte) Museumspädagogisches Zentrum, München: 1995, 120 S.

Sedlaczek, Dietmar: „... das Lager läuft dir hinterher“. Leben mit nationalsozialistischer Verfolgung. (Lebensformen; Bd. 8) Dietrich Reimer Verlag, Berlin/Hamburg: 1996, 404 S.

Friedlander, Henry: The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution. The University of North Carolina Press, Chapel Hill & London: 1995, 421 S.

Herbsttagung 1995 des Arbeitskreises zur Erforschung der Geschichte der

„Euthanasie“ und Zwangssterilisation vom 27.-29. Oktober in Grafeneck und Münsingen. Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises von Matthias Hamann mit Grafenecker Erklärung zur Bioethik. Manuskript, Hamburg u.a.: 1996, 1996, 80 S. (Das Heft kann bezogen werden über: GWAB-Druckerei, Hausertorstraße 49, 35578 Wetzlar, Tel.: 06441/43828, Fax: 06441/47636.

IWK : Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Heft 3/95. Darin Aufsätze von Wolf Gruner über die Tagung „Die Festung Glatz und die Verfolgung in der NS-Zeit“ vom 11. bis 14. September 1995 in Polanica Zdrój und von Frank Dingel über „Die Gestapo im regionalen Vergleich“. Tagung des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg - Universität vom 4. bis 7. Oktober 1995. (Zu beziehen über die Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, 14129 Berlin.

Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf: Ausstellungskatalog. Magistrat der Stadt Stadtallendorf, 1994, 88 S.

CD:

Singkreis und Jugendchor Mauthausen: Memento. Lieder, entstanden in Gestapo-Gefängnissen und KZ-Lagern - Lieder aus dem Kompositionswettbewerb 1995 - Auftragskomposition für das Gedenkkonzert 1995 - Kantate „Memento“. Zu beziehen über: Hr. Leo Stummer, Brunngraben 45, A-4310 Mauthausen.



Neuere Forschungsvorhaben über NS-Geschichte und Gedenkstätten

Forthcoming Research about the Nazi-History and Memorial Museums

We hope that scholars and others involved in Holocaust research will fill out this form in order to assist us in creating a central listing of current and forthcoming projects.

All European responses should go to the Topography of Terror Foundation, Memorial Museums Department, Thomas Lutz, Budapester Straße 40, D- 10787 Berlin, Phone: ++49-30-254 509 - 15, Fax: ++49-30-261 3002.

All American and Israeli responses should go to the U.S. Holocaust Research Institute, Senior Historian Dr. Sybil Milton, 100 Raoul Wallenberg Place, USA Washington DC 20024 - 2150, Phone: ++1-202-479-9728, Fax: ++1-202-479-9726.

This list will be published regularly in german in: Gedenkstätten-Rundbrief (bimonthly newsletter published by the Memorial Museums Department of the Topography of Terror Foundation) and in english in the Holocaust and Genocide Studies (published by the US Holocaust Research Institute in conjunction with Yad Vashem [Oxford University Press]).

Dr. Sybil Milton
Senior Historian
US Holocaust Research Institute

Wir hoffen, daß Wissenschaftler und andere an der Erforschung der NS-Geschichte Interessierten diesen Fragebogen ausfüllen werden, um uns bei dem Projekt der zentralen Erfassung von laufenden und geplanten Projekten behilflich zu sein.

Alle Antworten aus Europa sollen bei der Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstättenreferat, Thomas Lutz, Budapester Straße 40, D-10787 Berlin, Telefon: ++49-30-254 509 - 15, Fax: ++49-30-261 3001 gesammelt werden.

Alle Antworten aus Amerika und Israel bitte senden an das U.S. Holocaust Research Institute, Senior Historian Dr. Sybil Milton, 100 Raoul Wallenberg Place, USA Washington DC 20024-2150, Telefon: ++1-202-479-9728, Fax: ++1-202-479-9726.

Die Liste wird regelmäßig publiziert werden. In deutsch im Gedenkstätten-Rundbrief (herausgegeben zweimonatlich von der Stiftung Topographie des Terrors), in englisch in den Holocaust und Genocide Studies (herausgegeben von dem US Holocaust Research Institute in Verbindung mit Yad Vashem [Oxford University Press]).

Thomas Lutz
Gedenkstättenreferent
Stiftung Topographie des Terrors





Fragebogen - Questionnaire

Neuere Forschungsvorhaben über
NS-Geschichte und Gedenkstätten

Forthcoming Research about
the Nazi-History and Memorial Museums

Name: _____

Straße / Street: _____

Postleitzahl, Ort / Zip Code, City: _____

Telefon-, Faxnummer / Phone, Faxnumber: _____

Arbeitstitel / Project title: _____

Institution (inhaltlicher Zusammenhang) / Affiliation: _____

Ergebnis (Buch, Artikel, Ausstellung mit Katalog, Dissertation, usw.) / Product (Book, Article, Exhibiti-
on with Catalogue, Dissertation, etc.): _____

Geplante Veröffentlichung (Datum, Ort) / Planned Publication (Date, Place): _____





Veranstaltungshinweise

Seminare, Tagungen

5.-7. Juli in Hadamar: ICH - Ein Gedenkstättenbesuch! Rituale wozu?

Veranstaltung der Gedenkstätte Hadamar und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Informationen: Gedenkstätte Hadamar, Mönchberg 8, 65589 Hadamar, 06433/917-0.

25. August - 1. September in Berlin: Aktives Bürgertum, Erinnerung, Identität.

Ein deutsch-französisches Pädagogenseminar. Informationen: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel: 030/28395184.

7. September in Stukenbrock: Mahn- und Gedenkveranstaltung des Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock.

Informationen: Werner Höner, Weidenstraße 28, 32457 Porta Westfalica, Tel.: 0571/75508.

27.-29. September in Ravensbrück: Studienfahrt zur Gedenkstätte des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück.

Informationen: Impuls - Verein für Bildung und Kultur e.V., Sindlinger Straße 12, 60326 Frankfurt/M., Tel.: 069/7365-41; Fax: 069/7365-49.

17.-20. Oktober in Berlin: Museen nach dem Ende des Kalten Krieges. Neuankünfte, Probleme. Neue Horizonte?

Jahrestagung des International Committee for Museums and Collections of Archeology and History. Informationen: Deutsches Historisches Museum, Dr. Hans-Martin Hinz, Unter den Linden 2, 10117 Berlin, Tel: 030/21502-388; Fax: 030/21502-531.

25.-27. Oktober 1996 in Nürnberg: „Medizin und Gewissen“ 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärztekongreß.

Internationaler IPPNW Kongreß. Informationen: IPPNW-Kongreßbüro Nürnberg, Dr. Horst Seithe, Klinikum Nord, Haus 23, Flurstraße 17, 90419 Nürnberg, Tel: 0911/37804-98; Fax: 0911/37804-99.

13. - 14. November in Washington, D.C.: Nuremberg and Its Impact: Fifty Years Later.

Konferenz des US Holocaust Research Instituts. Ein Programmheft für diese Tagung kann bezogen werden: US Holocaust Research Institute, 100 Raoul Wallenberg Place, SW, Washington, D.C. 20024-2150. Tel.: 001-202-488-6162; Fax: 001-202-479-9726.

20. - 22. November in Hannover: „Die Täterseite in der Gedenkstättenarbeit“.

Gemeinsame Tagung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, des Wissenschaftlichen Beirates für Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen und der Stiftung Topographie des Terrors. Einladung und Programm werden im nächsten Gedenkstättenrundbrief abgedruckt.

8.-10. Dezember in Washington, D.C.: The Nuremberg Code and Human Rights: Fiftieth Anniversary of the Doctors Trail.

Informationen: dito

Ausstellungen

ab 12. Juni in Bonn: Thomas Geve: „Es gibt hier keine Kinder“ Auschwitz,

Grossrosen, Buchenwald. Zeichnungen eines kindlichen Historikers.

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Veranstaltungen der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

1. Juli: Mauricio Rosencof liest aus seinem Romanfragment „BRIEFE DIE NIE ANKAMEN“.

19.30 Uhr in der Mahn- und Gedenkstätte.

10. September bis 11. Oktober: „Majdanek - Portraits eines Prozesses“.

Ausstellung im Landgericht Düsseldorf. Öffnungszeiten: Mo./Di. 7.30 - 16.15 Uhr, Mi. - Fr. 7.30 bis 15.45 Uhr.

10. September: „Majdanek - Bilanz eines Prozesses“.

Podiumsdiskussion mit Prozeßbeteiligten. 18.00 Uhr im Landgericht Düsseldorf

6. Oktober 1996 bis 12. Januar 1997: Ausstellung zur Homosexuellen-Verfolgung im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf. Öffnungszeiten: Di. - Fr. 11.00 - 17.00 Uhr, Sa. 13.00 - 17.00 Uhr.

Weitere Informationen:

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Helen Quandt

Mühlenstraße 29

40213 Düsseldorf

Tel: 0211/89-962057

Fax: 0211/89-29137.

